

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Agrarreform wagen Packen wir's an!



Agrarreform

Inoffizielles Papier des EU-Kommissars Ciolos zur GAP veröffentlicht. In Deutschland und in Europa schließen sich die Nichtregierungsorganisationen zusammen, um eigene Positionen zur GAP zu entwickeln und in Brüssel einzubringen. **Seite 2 und 11 - 14**

Milch und Märkte

Die Milchmarktsysteme in der Schweiz, den USA und Kanada im Vergleich. Bei der Molke-
rei Söbbeke wehren sich die Milchbauern gegen niedrige Preise. Auch die Krabbenfischer zeigen, wie man durch Bündelung Markt-
macht bekommt. **Seiten 5 und 7**

Gentechnik

Das Pestizid Glyphosat bleibt weiter in den Schlagzeilen. Eine argentinische Studie zeigt, dass der Wirkstoff zu Störungen der Embryonalentwicklung führt. Argentinien erwägt ein Verbot des Mittels, das auch beim Anbau von gt-Soja eingesetzt wird. **Seite 16**

Die Seite 3

„...ab Martini 1810 gibt es nur noch freie Leute“ 3

Agrarpolitik

Agrarministerkonferenz mit Kommissar Ciolos 4

Zusammenhalt für einen fairen Krabbenpreis 5

Angeklagt wegen Widerstand 6

Milch

Biomilchbauern wehren sich 7

Milchmarktsysteme in der Schweiz, den USA und Kanada . 7

Bewegung

Bundesweite Großdemo gegen Castortransporte 8

Programm der Tagungen von jAbL und AbL 17

Prinzessinnengärten - grüne Oase mitten in Berlin 18

Landwirte gründen Verband 19

Märkte

Kollaps am Hähnchenmarkt prophezeit 10

Schwerpunkt

EU-Kommissar greift Kritik auf 11

Agricultural and Rural Convention 2020 12

Zivilgesellschaftlicher Think Tank in Hofgeismar 13

EU-Agrarpolitik und Hungerbekämpfung 14

Nachbau

„Souveräne Bauern – Sichere Ernten“ 15

Gentechnik

Roundup weiterhin in der Diskussion 16

Weitere Themen

Zu Besuch bei Bernd Schmitz und Heinrich Angenendt, Seite 9;
Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Ver-
anstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Impressum

b unabhängige
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft –
Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171,
Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de;
Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289;
Marcus Nürnberger: 02381-492220
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/
Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.
bauernstimme.de; Bankverbindung:
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;
Postvertriebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Als kurz vor der Agrarministerkonferenz Anfang Oktober in Lübeck das sogenannte Non-Paper von Agrarkommissar Ciolos zur Agrarreform 2013 durchsickerte, war man sich in Bauernverbandskreisen in Berlin offenbar noch sicher, diesen Angriff abwehren zu können. In einer Mischung aus Ignoranz und offener Droh-Rhetorik meinten DBV und CDU/CSU, den Kommissar in die Schranken weisen zu können. Den würden die DBV-Trecker am Holstentor in Lübeck schon das Fürchten lehren, so war von den alten Garden des Bauernverbands in Berlin hören. Zu ungewohnt, zu unvorstellbar erschien es ihnen immer noch, sich trotz Regierungsmacht und Alleinvertretungsanspruch in der Defensive wiederzufinden. Doch in Lübeck kam es anders, weil Ciolos bei seiner Haltung blieb. Drinnen stand er gemeinsam mit dem neuen grünen NRW-Landwirtschaftsminister Rimmel gegen die



Kommentar

Die Lehren aus Lübeck

geschlossene Gruppe der Reformverweigerer aus Bund und Ländern, während er draußen bei den Bäuerinnen und Bauern der AbL und des BDM seine Reform-Verbündeten fand. Die Pressekonferenz mit Ilse Aigner verließ er vorzeitig, um die Bäuerinnen und Bauern auf der anderen Straßenseite noch einmal persönlich zu treffen.

Bauernverband und Bundesregierung stehen spätestens seit Lübeck ziemlich isoliert da. Das Ciolos-Papier hat sie einigermaßen kalt erwischt. Sie hatten wohl einfach nicht damit gerechnet, dass der Kommissar es wagen würde, gegen ihren erklärten Willen die obligatorische Begründung der ersten Säule, die Degression der Direktzahlungen und die Bindung an Arbeitskräfte vorzuschlagen und damit einige zentrale Forderungen der Plattformverbände aufzugreifen.

Er hat es – wenngleich bisher nur inoffiziell – getan, weil er auf ein ungewöhnlich breites Bündnis bauen konnte, das eine grundlegende Reform der GAP fordert. Noch nie gab es eine so breite Allianz aus Bäuerinnen und Bauern, Umweltverbänden, Verbraucherschutz- und Entwicklungsorganisationen, die gemeinsam für eine starke, ökologisch und sozial begründete Gemeinsame Agrarpolitik eingetreten sind. Die öffentliche Konsultation der EU-Kommission zur Reform der GAP hat in tausenden Beiträgen gezeigt, dass die übergroße Mehrheit eine strikte ökologische und soziale Reform fordert. Selbst hartgesottene neoliberale Agrarökonomien fordern inzwischen, die Direktzahlungen der ersten Säule an Leistungen beim Klimaschutz, dem Erhalt der Artenvielfalt, dem Tierschutz und der Kulturlandschaftspflege zu koppeln. An der Forderung „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ führt heute kein Weg mehr vorbei.

Dass es unter maßgeblichem Zutun der AbL gelungen ist, diese Einigkeit unter den Verbänden zu erzielen und sie für eine Stärkung der GAP zu gewinnen, ist ein großer Erfolg. Diese Bewegung wird in Brüssel und in den anderen Mitgliedsstaaten wahrgenommen als gewichtige zweite Stimme neben der Verweigerungshaltung der Bundesregierung und stärkt die Reformkräfte innerhalb der Kommission.

Aber gewonnen ist noch nichts und die eigentliche Auseinandersetzung steht uns erst noch bevor. Denn der Bauernverband wird nicht klein beigeben, sondern sein Geld, seine Netzwerke, sein Meinungsmonopol in den landwirtschaftlichen Wochenblättern und seinen Einfluss auf die Bundesregierung nutzen, um jeden Reformansatz zu torpedieren und die Reformkräfte als landwirtschaftsfeindlich zu diskreditieren.

Umso wichtiger ist es, die gesellschaftlichen Bündnisse jetzt weiter zu stärken und die Debatte in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn da hat die bäuerliche Landwirtschaft ihre Partner, das hat die Solidarität mit den Milchbäuerinnen und Milchbauern gezeigt. Aber die gesellschaftliche Akzeptanz muss errungen werden, wenn wir eine starke GAP erhalten wollen. Das hat der Bauernverband bis heute nicht begriffen.

Wir werden einen langen Atem und viel Kraft brauchen, denn es steht wieder einmal David gegen Goliath, aber eben auch die neue Zeit gegen die alte Zeit. Und die neue Zeit ist unsere Zeit. Die Zeit der bäuerlichen Landwirtschaft.

Friedrich Ostendorff

Biobauer aus Westfalen, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Mitglied des deutschen Bundestages für Bündnis 90 / Die Grünen

„...ab Martini 1810 giebt es nur noch freie Leute“

200 Jahre Bauernbefreiung in Westfalen

Dieser Satz aus dem Oktoberedikt 1807 des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. gilt gemeinhin als der Beginn des später als Bauernbefreiung genannten Prozesses in Preußen (von Polen bis zum Rhein). Dabei galt diese Verordnung zur „Regulierung, Grundentlastung und Ablösung... den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend“ nur für die Gebiete östlich der Elbe, weil Preußen gerade alle Westprovinzen durch den Tilsiter Frieden an Frankreich verloren hatte. Der eigentliche Vater der Agrarreform in Westfalen war Napoleon, der in den besetzten Gebieten das Feudalrecht aufhob. Doch die Angst vor dem revolutionären Frankreich und seinen Ideen ließ auch den Adel und Feudalstaat zurückschrecken. In dieser Zeit konnten Reformkräfte wie Stein, Hardenberg, Vincke oder auch Thaer neue Beschlüsse beim Staat, der kriegsbedingt fast bankrott war, durchsetzen. Nach der Niederlage Napoleons und dem Sieg der Restauration auf dem Wiener Kongress wurde aber in der Wirklichkeit zunächst nicht viel davon umgesetzt.

Leibeigenschaft

Das feudale Eigentumsrecht war die persönliche Abhängigkeit der Bauern von ihrem Gutsherrn, in Westfalen sprach man von der Eigenhörigkeit. Die Herrschaftsrechte und die sich daraus ergebenden finanziellen Vorteile bildeten die ökonomische Grundlage des Adels. In der Fürstlich-Münsterschen Eigentumsordnung von 1770 heißt es: „Die Leibeigenschaft ist eine Personaldienstbarkeit, d.h. der Gebrauch eines Hofes ist an die Leistung jährlicher Dienste und Abgaben gebunden.“

Zu den Diensten zählte die Hand- und Spanndienste wie Gestellung von Leuten, Pferden, Ackergeräten, Fuhrwerk, aber auch Nachlassrecht. Art und Umfang der Dienste waren genau festgelegt, die Grundherren wachten penibel darüber. Auch über die Abgaben an Korn, Vieh, Geflügel – kaum ein Produkt, das nicht als Abgabe dienen konnte.

Die Dienste und das Land wurden in den 1820er Jahren von einer Kommission beurteilt und in Geldrenten umgewandelt. (Dass es dabei zu „ungerechten“ Bewertungen gekommen ist, dürfte mehr als ein Gerücht sein.) Diese geldliche Ablösung sollte von den Bau-

ern in zunächst 25, später 18 Jahreslasten getilgt werden.

Viele Bauern waren von ihrer „Befreiung“ gar nicht begeistert, weil sie die Zahlungen nicht aufbringen konnten. Zudem blockierte die erstarkte Adels-herrschaft, und auch die komplizierten, oft strittigen und sich häufig ändernden Verordnungen schafften nicht gerade Vertrauen. Bis 1850 waren z.B. im Reg. Bez. Münster nur 75% der Geldrenten festgelegt und 20% des Grund und Bodens bzw. 35% der Dienste abgelöst. Erst die Einrichtung von Provinzial- und Rentenkassen mit besserer Kredit-hilfe (der Grundherr bekam die volle Summe ausbezahlt, die Bauern übernahmen die Hypothek) sowie die

Erstarkung des Bürger-tums



und die Angst vor weiteren revolutionären Erschütterungen nach 1848 beschleunigte die Ablösung.

Insgesamt zahlten die Bauern in Deutschland ca. 12 Mrd. Mark an Adel und Staat für ihre Befreiung (5 Mrd. Ablösung + 7 Mrd. Zinsen).

Die andere Seite: die Markenteilung

Die Marken (in Westfalen „Gemeinheit“ oder Allmende genannt) waren die Grundlage der Viehhaltung, im Sommer Dorfgemeinschaftsweide, im Herbst Stoppelweide oder Waldmast. Dieses Gemeineigentum war vor allem für die unteren Schichten von großer Bedeutung, aber produktiv war es oft nicht, weil sich keiner richtig verantwortlich fühlte. Es betrug 20- 45% des Bodens der Dörfer und war folglich hart umkämpft. Diese Marken wurden als Teil der Agrarreform privatisiert. Ab 1821 begann die Generalkommission die Aufteilung (eine Art Verkoppe-

lung), die Maßnahmen zogen sich über 20 Jahre hin, wobei – wie es heißt – häufig Betrug im Spiel war. In der münsterländischen Gemeinde Schöppingen erhielten z.B. Landlose oder Viehlose nichts, Kötter zwischen 3 und 15, Bauern 20-60 Morgen. Der adelige Fürst v. Bentheim bekam 300 Morgen.

Die Folge der Agrarreformen

Die unterbäuerlichen Schichten (immerhin weit über 50% der Dorffamilien) waren die Verlierer der Maßnahmen, ihre Armut wuchs an. Vor allem in Gegenden, in denen durch die Textilkrise ab 1840 (Ostwestfalen) oder in der Eisenindustrie (Sieger-/ Sauerland) (Heim-)Arbeitsplätze verloren gingen, breitete sich Verschuldung und Verelendung aus. Die Dorfarmut wurde zu einem

Ablösungen, Kreditklemmen u.a. führten zu Unzufriedenheiten, die die tatsächliche Lösung der Grundbesitzfrage beschleunigte. Zugleich wurden die besitzenden Bauern zunehmend Verbündete der alten Eliten gegen die ländlichen Unterschichten.

Der Adel war der eigentliche Gewinner, obwohl er mit der Leibeigenschaft seine ökonomische Basis einbüßte. Trotz Steuerfreiheit waren viele Rittergutsbesitzer um 1800 durch ihre aufwendige Lebensweise stark verschuldet. Deshalb hatten Teile des Adels durchaus nichts gegen den Handel Land gegen Bauern-geld. Durch die Markenteilung wurde der Adel landmäßig entschädigt. Er sprach sich gegen Hofteilungen aus (sogenannter Bauernschutz), aber für eine Liberalisierung des Bodenmarktes, denn nur er hatte das Geld, Boden von verschuldeten Bauern zu kaufen. Der westfälische Adel kaufte von 1845 bis 1860 etwa 300 Höfe zurück. Gut wirtschaftende Betriebe konnten ihr Vermögen vermehren, nicht wenige stiegen in die aufblühende Industrie ein (z.B. im Ruhrgebiet). Andere lebten weiterhin über ihre Verhältnisse, verbrauchten ihre Einnahmen statt zu investieren und wurden schließlich in bürgerliche Hand verkauft. Die Grundsteuerfreiheit blieb bis 1861, die gutherrliche Gerichtsbarkeit und niedere Polizeigewalt bis 1848 bzw. 1872.

Agrarreform oder Bauernbefreiung

Die Bauern wurden durch den Oktoberedikt von 1807 und der Umsetzung von 1810 sicherlich allmählich von der persönlichen Leibeigenschaft befreit. Andererseits mussten sie ihre Ablösung selbst bezahlen – übrigens im Unterschied zur „Ablösung“ der Lehen des Adels, die – zunächst „geliehen“ von den Fürsten – im 17./18.Jh. in Eigentum übergingen („Allodifikation“), und zwar ohne Entschädigung.

Deshalb hat auch die Befreiung zu keiner Zeit Jubelstürme auf dem Land ausgelöst. Die Privatisierung des Gemeindelandes entschädigte einiges, ging aber zu Lasten der Mehrheit der ländlichen (Unter-)schicht, die nicht nur vom Gutsherrn, sondern auch vom Land „befreit“ wurde. Die Frage Agrarreform oder Bauernbefreiung ist deshalb eine Frage des Standpunktes. Zuletzt: Durch ihre starke Stellung in der französischen Revolution haben die Bauern in Frankreich ihre „Befreiung“ sehr viel billiger erhalten. Sich wehren kann sich also wirklich lohnen.

Hugo Gödde

Milcherzeuger stärken

Die Stellung der Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Dafür haben sich die Landwirtschaftsminister der Länder auf ihrer Herbstkonferenz im Oktober ausgesprochen. Nach einem Beschluss zur europäischen Milchmarktpolitik sollen durch Regelungen, die dem deutschen Marktstrukturgesetz entsprechen, EU-weite Zusammenschlüsse von Erzeugern ermöglicht werden. Gleichzeitig mahnten die Minister an, dass bei der Umsetzung der Vorschläge der „High level group Milch“ Vertragsfreiheit und Freiwilligkeit erhalten bleiben müssen. Grundsätzlich dürften Neuregelungen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. mh

Lebensmittel zu billig

Viele Konsumenten sehen die produktionstechnischen Errungenschaften in der Ernährungswirtschaft äußerst negativ. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Lehrstuhl Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte der Georg-August-Universität Göttingen im Auftrag der Heinz-Lohmann-Stiftung erstellte. Sie besagt, dass immer mehr Verbraucher eine „Sehnsucht nach Natürlichkeit“ verspürten als Ergebnis der zunehmenden Entfremdung von der Lebensmittelproduktion, so Professor Achim Spiller auf dem 8. Ernährungssymposium in Hamburg. Lebensmittel sind „eigentlich zu billig“, so sei die Meinung der Verbraucher. Nur rund ein Drittel der Verbraucher befinden Produktivitätsaspekte und die damit verbundenen Preiseffekte für gut und vertrauen in die Lebensmittelwirtschaft, besagt die Studie. Zwanzig Prozent der Konsumenten, viele Medien und Internetforen stünden dem jedoch äußerst kritisch gegenüber. mh

Klonfleisch bleibt

Das Klonen von Tieren für die Nahrungsmittelproduktion soll für fünf Jahre ausgesetzt werden. Das ist der Vorschlag der Europäischen Kommission vom Oktober, an dessen Entscheidungsprozess auch die EU-Regierungen im Ministerrat und das europäische Parlament beteiligt sind. Das Letztere hatte bereits im Sommer ein Verbot von Klonfleisch gefordert. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, den Import von Lebensmitteln aus Klonen und die Verwendung geklonter Tiere zu stoppen. Die Verbote gelten jedoch nicht für das Klonen zu anderen Zwecken, etwa der Arzneimittelherstellung oder der Forschung. Samen und Embryos geklonter Tiere dürfen weiterhin eingeführt werden. Das Fleisch von Nachkommen geklonter Tiere soll ebenfalls zugelassen werden. Nach fünf Jahren sollen die Maßnahmen erneut überprüft werden. mh

Traktoren am EU-Parlament

Rund 3.000 europäische Milcherzeuger mit hunderten Schlepfern waren dem Aufruf des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) gefolgt und demonstrierten am 20. Oktober in Straßburg vor dem Europäischen Parlament. Die Milcherzeuger waren vor allem aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Österreich, Irland und Italien angereist. Sie machten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments darauf aufmerksam, dass der Markt nach dem Wegfall der Quote 2015 nicht sich selbst überlassen werden darf. Stattdessen wollen die Bauern ihre Milch europaweit bündeln und den Milchmarkt flexibel steuern. Sie forderten, noch vor dem Auslaufen der Quote hierfür die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Überließe man den Markt sich selbst, würden automatisch die Molkereien die Mengensteuerung übernehmen, die nur ein Interesse an niedrigen Rohstoffkosten hätten. Die im Rahmen der Kundgebung vorgestellte Milchstudie „Die Zukunft der Milchwirtschaft: Weniger ist mehr“ (Siehe Seite 7) des EU-Abgeordneten Martin Häusling (Grüne) soll einen Beitrag zur politischen Diskussion über die Zukunft der Milchwirtschaft leisten. Sie gibt Antworten unter anderem auf die Fragen, ob die Marktkonzepte erfolgreich sind und wer in diesen Systemen profitiert. pm

Kurzes am Rande

AMK mit EU-Kommissar Ciolos

Ciolos stärkt gesellschaftliche Bewegung. Agrarminister blockieren weiter

Unweit vom Lübecker Holstentor demonstrierten Anfang Oktober 50 Milchbauern drei Tage lang vor dem Tagungsort der Agrarminister und Ministerinnen von Bund und Ländern anlässlich der Agrarministerkonferenz (AMK). Um sich bei den Politikern Gehör zu verschaffen, haben die Milchbauern mit dicken Holzstöcken eingebaute Rhythmen auf Plastik- und Blechtonnen getrommelt und immer wieder gesungen: „Steh auf, wenn Du ein Bauer bist.“ Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat die Milchbauern unterstützt. Mitglieder des Deutschen Bauernverbandes waren am Freitag für drei Stunden vor Ort.

Bundesministerin Ilse Aigner hat sich bei ihrer Ankunft an der Delegation der Milchbauern des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) vorbeifahren lassen und ist umgehend im Hotel verschwunden. „Ich bin enttäuscht, dass Frau Aigner nicht persönlich die Zeit gefunden hat, mit uns zu reden“, sagt Christian

Ausnahme von Nordrhein-Westfalen die Agrarminister an ihrem alten Kurs festhalten wollen, nimmt Ciolos die öffentliche Debatte in der Gesellschaft um eine neue Agrarpolitik ernst. In einer Pressemitteilung begrüßte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) seine kurz vorher öffentlich gewordenen Vorschläge zur anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik.

Verbände finden in Brüssel Gehör

„Einige zentrale Vorschläge des Kommissars zeigen, dass sich die Kommission der notwendigen sozialen und ökologischen Qualifizierung der Direktzahlungen ernsthaft zuwendet“, kommentiert AbL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Das ist eine erste Bestätigung für die Arbeit der gesellschaftlichen Verbände, die sich auf deutscher Ebene in der so genannten Verbände-Plattform und auf europäischer Ebene in der Agricultural and Rural Convention (ARC) zusammengefunden haben.“



Die Milchbäuerinnen und -bauern machten lautstark auf sich aufmerksam

Foto: Kleensang

Göttsch, Milchbauer in Döhnsdorf, Ostholstein. „Ganz im Gegensatz zu Agrarkommissar Ciolos. Er ist zum Schluss zu uns Bauern runter gekommen und hat uns viel Erfolg gewünscht.“

Wenig Annäherung

„Im Gespräch mit der Bundesministerin ist deutlich geworden, dass sie noch weit weg ist von echten Problemlösungen“, stellte Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin und Organisatorin der dreitägigen BDM-Demonstration, fest. Während im Abschlussprotokoll zu lesen ist, dass mit

In einem kurzen persönlichen Gespräch mit dem EU-Kommissar am Rande der Agrarministerkonferenz in Lübeck hat Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der AbL, EU-Agrarkommissar Ciolos außerdem dazu aufgefordert, auch die Rahmenbedingungen am Markt so zu setzen, dass insbesondere die Milcherzeuger gegenüber der Milchindustrie aus der Position der absoluten Schwäche herauskommen. Der Kommissar kündigte für Dezember zum Milchmarkt gesonderte Vorschläge an.

Berit Thomsen

Zusammenhalt für einen fairen Krabbenpreis

Von Esbjerg bis Stellendam streiken die Krabbenfischer und wehren sich gegen die Großhändler

Früher erfuhren wir die Preise am Anfang, heute am Ende der Woche, wenn die Krabben gefangen sind“, so Dirk Sander, Krabbenfischer aus dem niedersächsischen Dornum. Sind in deutschen Gefilden nur wenige Krabben zu fischen, fährt er schon einmal bis zur dänischen Küste und ist dann bis zu zehn Tagen unterwegs. Mitte September aber blieb er für knapp anderthalb Wochen an Land – genau wie knapp 180 deutsche Berufskollegen. Auch in den Niederlanden und Dänemark blieben viele Krabbenkutter im Hafen. Das gemeinsame Anliegen: Ein kostendeckender Preis.

Konzentration des Handels

Die niedrigen Krabbenpreise sind eine Folge der Konzentration auf Seiten des Handels: 90 Prozent des europäischen Krabbenmarktes werden von zwei niederländischen Großhändlern, Heiploeg und Puul, kontrolliert. In den Monaten vor dem Streik bewegte sich der Preis für das Kilogramm ungeschälte Krabben im Schnitt um 3 Euro, berichtet Sander. In den Niederlanden sei der Preis bei Auktionen bereits auf 1,60 Euro herunter gehandelt worden, so Dr. Peter Breckling, Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Kutter- und Küstenfischer mit Sitz in Hamburg.

Klage wegen Kartellbildung

Jahrelang waren die Krabben-Preise stabil, weil sich Erzeugergemeinschaften aus Deutschland, den Niederlanden und Dänemark zusammengetan hatten, um mit dem Handel Preis- und Mengenabsprachen zu treffen. Sowohl das deutsche als auch das niederländische Kartellamt beschäftigten sich mit den Preis- und Mengenabsprachen der Krabbenfischer. Während ein Verfahren in Deutschland eingestellt wurde verhängte das niederländische Kartellamt wegen einer Kartellsituation ein Bußgeld. Dagegen legten die Fischer Widerspruch ein. Die Begründung: Den Erzeugergemeinschaften bleibt aufgrund der marktbeherrschenden Händler neben Absprachen kaum eine Möglichkeit, um einen angemessenen Preis zu erzielen. Dieser Argumentation folgte das Kartellamt teilweise und reduzierte das Bußgeld. Auf dem Weg durch die Instanzen ist das Verfahren mittlerweile beim obersten niederländischen Verwaltungsgericht anhängig. Ein Urteil steht bislang noch aus.

Ausdrücklich erlaubt ist, dass nationale Erzeugergemeinschaften für ihre Mitglieder marktregulierende Maßnahmen wie Mindestpreise oder Fangmengen festlegen. Dazu müssten sie Informationen vom Handel, etwa darüber, wie aufnahmefähig der Markt ist, einholen. „Sie dürfen sich

dazu nur nicht mit ihrem Großhändler zusammensetzen, um sich zu einigen“, so Breckling. Dies wurde den Krabbenfischern vorgeworfen. Wichtig ist, dass keine Wettbewerbsverzerrung oder systematische Benachteiligung von Wettbewerbern entsteht. Inzwischen hat sich auf Grundlage einer neuen EU-Verordnung eine Vereinigung grenzüberschreitender Erzeugergemeinschaften gebildet. In ihr darf nur ein Teil der Krabbenfischer vereinigt sein. Somit ist die Kooperation, die damals ein Problem darstellte, heute möglich geworden.

Warten auf den nächsten Wochenpreis

Im Rahmen des Streiks hatten laut Sander niederländische Fischer mit Heiploeg eine Preiserhöhung um 50 Cent pro Kilo ausgehandelt. Dieser hat die Erhöhung aber zwei Tage später zurückgenommen. „Es ist schlecht, Verträge mit dem holländischen Handel zu machen“, sagt Sander und erläutert, dieser habe diverse Klauseln eingebaut, um seine Preiszusagen nicht halten zu müssen. Seiner Meinung nach würden statt Verträgen, die hierzulande nur teilweise existieren, Auktionen nach niederländischem Vorbild für mehr Transparenz auf dem Markt sorgen.

„Zur Zeit liegt der Preis wieder am untersten Rand, zwischen 2,60 und 2,80 Euro“, so Niels Friedrichsen, Vorsitzender der Landesvereinigung der Fischer Schleswig-Holstein. Kurzfristige Erfolge des Streiks erwartet keiner der Fischer. Sander ist trotzdem zuversichtlich: „Cirka 100 t frische Krabben pro Woche braucht der Handel.“ Die großen Fischer aus Südholland könnten den Markt langfristig nicht beschicken.

Breckling: „Ich kann nur hoffen, dass die Fischer weiter ein geschlossenes Verhalten zeigen.“ Ob weitere Streiks folgen, sei vom zukünftigen Wochenpreis des Handels abhängig. Da Krabbenfischer anders als Milcherzeuger keine laufende Produktion haben, können sie den Fang jederzeit einstellen. Zwar sparen die Fischer so Sprit- und Arbeitskosten, doch bringt sie der Streik um ihr Einkommen.

Niels Friedrichsen, Vorsitzender der Landesvereinigung der Fischer Schleswig-Holstein: „Die Krabbe ist der einzige ‚Fisch‘ ohne Mengenregulierung.“ Wie Friedrichsen berichtet, ist eine nicht unbedeutende Zahl größerer Schiffe auf Krabben umgestiegen, seit es Fangquoten auf Fisch gibt. Breckling: „Hauptsächlich große Schiffe, die den Rest des Jahres etwas anderes fischen, steigen dann zum Teil auf Krabben um.“ Ein kostendeckender Kilopreis für ungeschälte Krabben, so Breckling, müsste im Jahreschnitt bei 3 Euro liegen. So seien auch von Zeit zu Zeit notwendige Investitionen möglich. Sander kommt nach seinen Berechnungen auf 4 Euro. Erreichbar wäre ein kostendeckender Preis über eine Mengenregulierung, die sich noch schwierig gestaltet, weil nicht alle Fischer einer Erzeugergemeinschaft angehören, die sich selbst eine Wochenfangquote auferlegt haben. Im Herbst kommt es zusätzlich zu besonders niedrigen Preisen, da dann naturgemäß besonders viele Krabben gefischt werden. Breckling: „Hauptsächlich große Schiffe, die den Rest des Jahres etwas anderes fischen, steigen dann zum Teil auf Krabben um.“ *ch*

Frisch durch Folie

Konservierungsstoff in Verpackungsfolie soll Lebensmittel länger frisch halten. Laut dem Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung (IVV) in Freising wurde eine Folie mit Sorbinsäure entwickelt und getestet. Der antimikrobielle Konservierungsstoff (E200) wird über die Folie direkt an die Produktoberfläche von Frischfleisch, Käse, Fisch oder Schnittwurst abgegeben, so die Lebensmittelchemikerin Carolin Hauser. Nach einer EU-Verordnung dürfen antimikrobiell aktive Verpackungen gezielt Bestandteile enthalten, welche Stoffe an das verpackte Lebensmittel abgeben können. Diese müssen lebensmittelrechtlichen Vorschriften entsprechen, nicht giftig oder allergen sein, sowie neutral riechen und schmecken. *mh*



Kutter bleiben im Hafen. Grenzüberschreitender Streik für faire Krabbenpreise

Foto: LWK NI

Billiges Obst

Französische Obstbauern kritisieren die Supermarktkette Leclerc. Diese habe im Oktober zwei Kilogramm Äpfel zum Schleuderpreis von 1,09 Euro auf den Markt geworfen, so der Dachverband der Obstproduzenten (FNPF). Die Politik der billigen Preise führe zum Aus für die französische Obstproduktion und schade der Allgemeinheit warnte der FNPF. Dieses Vorgehen müsse gestoppt und geahndet werden. Wenn Billigpreise bei den Verbrauchern gut ankommen, „wird es künftig nur noch Importäpfel und aufgelassene Obstgärten in Frankreich geben“, prophezeite der FNPF. mh

Kohlekraftwerks-CO² in den Untergrund?

Um ihre Kraftwerke weiter betreiben zu können, wollen die Energiekonzerne das bei der Verbrennung von Steinkohle und Braunkohle entstehende, klimaschädliche Kohlendioxid (CO²) in zahlreichen ländlichen Regionen kostenaufwändig unter die Erde pressen. Dort soll sich das Gas in wasserleitenden Gesteinsschichten mit Salzen zu mineralischen Gesteinen verbinden. Dieses sogenannte CCS-Verfahren stößt bei zahlreichen Bürgerinitiativen in West-, Nord- und Ostdeutschland auf heftigen Widerstand. Sie wehren sich gegen die von der Bundesregierung geforderten Testprojekte, weil sie das Verfahren für unsicher halten und den Wiederaustritt des Gases sowie Bodenabsenkungen und Grundwasserschäden befürchten. Außerdem würden so die Kohlekraftwerke zu Lasten der erneuerbaren Energien unnötig lange am Netz gehalten. Die Energiekonzerne erhöhen derzeit den Druck, weil sie ab 2013 Zertifikate für den Ausstoß von CO² zahlen müssten. Die Bundesregierung will deshalb Landesregierungen und Landkreise gegen deren Bedenken anweisen, mögliche Orte für solche Lager zu benennen. en

Bio missbraucht

Die Assoziation ökologischer Lebensmittel-Hersteller (AoEL) kritisiert den Missbrauch des Wortes „Bio“ in einer neuen Strategie der Europäischen Kommission, die der Industrie helfen soll, sich der so genannten „Bio-Wirtschaft“ anzuschließen. Die AoEL bezweifelt, dass es sich dabei um die Bio-Branche handelt. Es sei zu befürchten, „dass die federführende Kommissarin für Innovation, Máire Geoghegan-Quinn, einen ganz anderen Sektor im Focus hat, wenn sie die Führungsrolle Europas im Feld der „Biowissenschaften“ verstärken will“, so die AoEL. Hinter dem Wort „Biowissenschaften“ verberge sich die bewusste Anmaßung, den Begriff „Bio“ im Sinne der Gentechnologie und ihrer kommerziellen Interessen zu verfälschen, mahnt AoEL-Vorstand Karl Huober. „Hier wird also ein positiver Begriff bewusst missbraucht“, so Huober. Die AoEL fordert von der Politik, den Begriff sauber zu trennen und Begriffsverwirrungen zu vermeiden. „Wenn die Kommission die Bio-Wirtschaft fördern will, begrüßen wir das. Allerdings fordern wir, die Förderung ausdrücklich auf die Bio-Branche zu beziehen!“ mh

Alles Käse

Alle zwei Jahre treffen sich Fachjuroren und Verbraucher, um den besten handwerklich hergestellten Käse Deutschlands zu wählen. Dieses Jahr wurde im Ostwestfälischen Nieheim unter 102 handwerklich hergestellten Käsen aus 44 Käseereien der Beste auserwählt. Über Dreiviertel der vorgestellten Käse bewiesen eine erstklassige Qualität und wurden mit einem Qualitäts- bzw. Publikumspreis ausgezeichnet, so der Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau (VHM). Überraschend für die Prüfer: Die fünf Erstplatzierten kamen allesamt aus dem nördlichen Bundesgebiet. „Würzige Bergkäse erwartet man eher im Berggebiet und nicht an der Küste. Aber das Ergebnis belegt eindrucksvoll, dass die Käserinnen und Käser im Norden ihr Handwerk verstehen“, so Bertram Stecher, Käseprüfer und Fachberater des Südtiroler Sennereiverbandes. mh

Lohnunternehmens-Trecker

Nach einer Umfrage des holländischen Unternehmens AgriDirect setzen deutsche Lohnunternehmen vor allem Schlepper der Marke Fendt ein (30 %). Allerdings gehen die Marktanteile von Fendt und auch von John Deere (18 %) zurück. Case und Deutz konnten ihre Anteile auf 12 bzw. 10 % erhöhen. en

Kurzes am Rande

Angeklagt wegen Widerstand

Heiner Lohmann wehrte sich gegen die Blauzungenimpfung und bekam eine Anzeige wegen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz

Das Strafverfahren gegen das Landwirtschaftsbeirat Lohmann aus Steinfurt in Nordrhein-Westfalen wurde am 6. Oktober durch das Amtsgericht Steinfurt eingestellt. Wegen einem angeblichen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz drohte ihnen ein Tierhaltungsverbot, bis zu drei Jahren Freiheits- oder eine Geldstrafe. Im Februar 2010 waren Claudia Lohmann und kurz darauf ihr Mann Heiner Lohmann angezeigt worden.

Grund der Anzeige war der Beinbruch eines Rinds, der sich anschließend entzündete. Im Rahmen einer auf dem Hof vorgenommenen unfreiwilligen Impfung gegen die Blauzungenkrankheit wurde die Verletzung von den Kreisveterinären festgestellt. Nach Abwägung durch Dr. Hiller erfolgte keine sofortige Euthanasie, damit die Kuh das Kalb austragen konnte. Die Schlachtung erfolgte einige Wochen nach der Geburt, Ende August 2008.

Blauzungenimpfung

Ende März erhielt Lohmann einen Anruf vom Kreisveterinär, er habe innerhalb der nächsten Wochen zu impfen – sonst drohe eine Zwangsimpfung. Eine Impfung kam für Lohmann nicht in Frage: Zum einen war die Krankheit bereits Ende 2007 in seinem Stall ausgebrochen. Bei einer Blutuntersuchung hatte sich gezeigt, dass 60 Prozent des Bestandes Antikörper gebildet hatten. Zum anderen lehnte er die Impfung wegen möglicher Impfschäden ab. Am 9. Juli 2009 erschienen mehrere Tierärzte mit Polizeigeleit unangekündigt auf dem Hof. Nachdem Lohmann auf informellem Weg einen Hinweis bekommen hatte, hatte er solidarische Bauern aus Bayern sowie ein Fernseheteam vom WDR eingeladen. An diesem Tag zogen die Veterinäre unvollendeter Dinge wieder ab. Auch das Ersuchen der Veterinäre wenige

Tage später, lediglich die Tiere ohne Antikörper zu impfen, lehnte Lohmann ab. Daraufhin kam es, einige Tage später zur behördlichen Impfung.

Von Mai 2006 bis Dezember 2009 bestand in Deutschland eine allgemeine Impfpflicht gegen die Blauzungenkrankheit. Laut Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist die Zahl der Infektionen in Deutschland stark gefallen: Waren 2008 noch etwa 5.100 Rinder von der Viruskrankheit betroffen, so war bis Mai 2010 kein einziger Fall bestätigt. Ob dies ein Erfolg der Impfpflicht ist, bleibt offen. Im Dezember 2009 fiel die allgemeine Impfpflicht in Deutschland nach weitreichenden Protesten der Bauern.

Kritik an Impfung

Kritisiert wurde die verpflichtende Impfung, da sie als Eingriff in die Freiheit der Landwirte gesehen wurde und Impfschäden wie erhöhte Zellzahlen in der Milch, Klauenprobleme, Immunschwäche und Aborte beobachtet worden waren. Das Paul-Ehrlich Institut hatte in seiner Bewertung der gesammelten Schäden vor allem gestörte Trächtigkeit und Geburt sowie spontane Todesfälle festgestellt. Kritisiert wurde auch, dass die verwendeten Impfstoffe nur eine vorläufige Zulassung besaßen und nur ungenügend getestet waren. Bei der Umsetzung der Impfpflicht gingen die Kreisbehörden unterschiedlich streng vor: Während einige Landwirte mit Bußgeldbescheiden bis hin zu Kontensperrungen gezwungen werden sollten, gab es andere Regionen, in denen großzügig über die Impfpflicht hinweg gesehen wurde.

Heiner Lohmann ist sich sicher, dass die Anzeige, die erst sechs Monate nach der Schlachtung erfolgte, von den Kreisveterinären kam. „Das Veterinäramt will uns unglaubwürdig machen, weil ich mich mit Hilfe der Medien gegen den Blauzungenimpfzwang gewehrt habe.“ Er berichtet von zahlreichen unangekündigten Kontrollen durch die Veterinäre. „Teilweise standen sie schon morgens früh vor dem Misten auf dem Hof.“ Es sei regelrecht nach einem Grund gesucht worden, ihn anzuzeigen. Die Kontrollen hätten die Familie unter einen erheblichen Druck gesetzt. Um diesen zu beenden, hat er der Einstellung des Verfahrens nach § 153 der Strafprozessordnung zugestimmt, so Lohmann. Dieser Paragraph besagt: Wenn ein Verstoß stattgefunden hat, so ist dieser nur geringfügig. Die Anwalts- und Impfkosten, die Familie Lohmann zu tragen hat, sind für Lohmann zweitrangig. Er hätte jedoch gern grundsätzlich klargestellt, dass er und seine Frau sich nichts haben zu Schulden kommen lassen. ch



Heiner Lohmann wehrt sich gegen Behördenwillkür. Foto: Hinck

Biomilchbauern wehren sich gegen niedrige Preise

Bio-Milcherzeugergemeinschaft nutzt ihre Marktmacht und kündigt Söbbeke 40 Prozent der Milch

Die „Bio-MilchErzeugergemeinschaft Nord w.V.“ hat ihren Milchliefervertrag mit der Molkerei Söbbeke Mitte Oktober mit Wirkung vom 30. September nächsten Jahres außerordentlich gekündigt. Die Milchbauern nahmen dazu eine Regelung in Anspruch, die ihnen ein Sonderkündigungsrecht einräumt, wenn keine Einigung über den zu zahlenden Preis erfolgt. Einer der wesentlichen Kritikpunkte ist der im Vergleich zu anderen Biomolkereien unterdurchschnittliche Auszahlungspreis. In den Verhandlungen mit der Molkerei wurde gefordert: „Die Preise bis Jahresende so zu gestalten, dass wir nicht unter dem deutschen Jahresdurchschnitt landen. Dazu wäre nach unserer Einschätzung ein Preis von 43 Cent nötig, um im Jahresmittel 40,2 Cent zu erreichen“, schreibt der Vorstand der MEG im Mitgliederrundbrief. Von Seiten der Molke-

rei zeigt man sich verständnisvoll, aber unnachgiebig. Natürlich könne man verstehen, dass die Produzenten einen höheren Preis fordern, erklärt der Prokurist Herr Nissen, aber die Marktsituation ließe derzeit keine Spielräume. Vor allem die Feriensituation im Sommer habe zu einem starken Umsatzrückgang geführt. Vincent Thuncke, selbst Milchbauer und Vorsitzender des Biolandverbands Nordrhein-Westfalen, formuliert die Erwartungen von Seiten des Verbands als auch der Milchbauern an die Bioland-Molkerei: „Wir erwarten, dass der Preis mindestens dem deutschen Durchschnitt entspricht. Als Bauern und auch als Biolandverband erwarten wir diesen Preis.“ Das Argument Umsatzrückgang in den Sommerferien will Thuncke nicht gelten lassen. „Das ist das Tagesgeschäft. Sommerferien gibt es jedes Jahr und die Anlieferungsmengen sind bis auf kleine Schwan-

kungen lange im Voraus bekannt.“ Dem stimmt auch Johannes Berger, Vorsitzender der Bio-Milcherzeugergemeinschaft Nord, zu und ergänzt: „Wir trauen es der Molkerei auch ohne weiteres zu“, und fügt anerkennend hinzu, dass die Molkerei seiner Einschätzung nach sehr gut aufgestellt sei. Innovativ und mit neuester Technik ausgestattet. Dass die Milcherzeugergemeinschaft von ihrem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machte, will Berger nicht überbewertet wissen. „Wir stehen weiterhin in Verhandlungen und sind optimistisch, eine befriedigende Lösung zu finden“, so der Vorsitzende. Ob es denn Befürchtungen gebe, von Seiten der Molkerei könne versucht werden, neue Lieferanten zu werben, um auf die Mitglieder der BioMEG verzichten zu können, wehrt Berger ab: „Wir liefern 40 Prozent der Milchmenge“, und macht das beidseitige Abhängigkeitsverhältnis

deutlich: „Wir brauchen die Molkerei und die Molkerei braucht uns.“

Dass die Auseinandersetzung exemplarisch für weite Teile sowohl des Bio- als auch des konventionellen Milchmarkts steht verdeutlicht der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „An dieser konkreten Auseinandersetzung zeigt sich weit über den Biobereich hinaus, was Bündelung der Milcherzeuger konkret bedeuten kann. Das muss öffentlich gemacht werden, damit alle Milcherzeuger und Erzeugergemeinschaften Selbstbewusstsein entwickeln, um nicht von Molkereien gegeneinander ausgespielt zu werden“, so Graefe zu Baringdorf, „das ist umso wichtiger, weil die Molkereien sich derzeit auf ein Ende der EU-Milchquoten vorbereiten und versuchen, die Milcherzeuger einzeln an sich zu binden“ *mn*

Milchmarktsysteme in der Schweiz, den USA und Kanada

In allen Ländern wird der Milchmarkt reguliert. Wie und ob die Mechanismen funktionieren, ist im Einzelnen sehr unterschiedlich

Das Beispiel Schweiz führt vor, wie es nach der Aufhebung der Quote weitergehen kann, wenn Erzeuger keine Bündelung ihrer Marktmacht hinbekommen. Hier ist die Branchenorganisation Milch (BOM) nun endgültig gescheitert. Schwierigkeiten entstanden vor allem durch die Zusammensetzung der BOM. Gedacht war die BOM als Interessensvertretung aller Akteure, die allgemeinverbindlich über Milchmengen und Richtpreis entscheidet. De Facto gab es jedoch Verflechtungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern, so dass meist keine Einigkeit über die Mengenanpassung erreicht wurde. Zuletzt wurden die von der BOM verbindlich gefassten Beschlüsse zur Erhöhung des Milchpreises von Handel und Molkereien schlicht nicht umgesetzt. Nach diesem offensichtlichen Scheitern, beschloss der Nationalrat nun im Oktober die „Motion Aebi“, die die Milchmengenregelung in Produzentenhand geben will.

Regulierung in den USA

Trotz der viel beschworenen Marktliberalisierung gibt es auch in den USA Marktregulierung. Generell müssen Händler einen bestimmten Mindestpreis für die Milch zahlen. Staatliche Aufkäufe und Einkommensbeihilfen sollen Preisschwankungen abfedern. Neu ist das Instrument der sogenannten Risikoabsicherung: Milcherzeuger sollen sich über Termingeschäfte gegen

volatile Märkte absichern. Diese Möglichkeit nutzt aber nur ein kleiner Teil. Derzeit wird ein Bonus-Malus-Prinzip diskutiert: Wollen Milcherzeuger mehr produzieren, müssen sie den Marktzugang bezahlen (Malus). Jene Betriebe, die nicht zusätzlich produzieren, erhalten Zuschläge (Boni).

Zufriedenheit in Kanada

In Kanada hingegen scheint das Milchmarktsystem zur Zufriedenheit von Erzeugern, Verarbeitern, Handel und Verbrauchern zu funktionieren. Kern des Systems ist die Festlegung der Milchmenge durch die kanadischen Milchkommission, die sich aus Vertretern der Milcherzeuger, Milchverarbeiter und der Verbraucher zusammensetzt. Der Erzeugerpreis wird auf Provinzebene zwischen Molkereien und Vertretern der Milcherzeuger ausgehandelt. So werden Milchmengen flexibel an die Nachfrage angepasst und kostendeckende, stabile Preise erreicht.

Vergleichende Länderanalyse

Die zunehmende Konzentration von Handel und Molkereien ist in allen untersuchten Ländern sichtbar. Die Gleichung ist einfach: Je stärker die Kräfte des Marktes zum Tragen kommen, desto deutlicher wird die Schwäche der Erzeuger in der Wertschöpfungskette. In den USA, Kanada und der Schweiz beherrschen je drei oder vier Molkereien etwa drei Viertel des Marktes.

Lediglich in Kanada hat dies keine negativen Auswirkungen auf den Erzeugerpreis. Durch die Begrenzung der Menge und die Festlegung des Richtpreises wird hier ein Interessensausgleich zwischen den Akteuren erreicht. In der EU ist die Konzentration bisher weniger ausgeprägt, die Tendenz geht jedoch klar in diese Richtung. Kostendeckende Preise sind nur durch eine Stärkung der Marktmacht der Erzeuger, d.h. durch Bündelung und Mindestpreisabsprachen möglich. Unverzichtbar ist auch ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Dazu brauchen wir eine Regulierung des Angebots im Konsens zwischen Politik und Milchwirtschaft.

Schwankungen am Weltmarkt

Der Blick auf die Milchpreise der letzten Jahre macht deutlich: Je stärker die Milchproduktion am Bedarf des Binnenmarkts orientiert ist, desto krisenfester ist ein Milchsystem. Der dramatische Preisverfall am Weltmarkt 2008/2009 ließ auch die Milchpreise in der EU und den USA sinken. Nicht so in Kanada. Hier wird die Milchproduktion an den sich verändernden Bedarf angepasst. Hinzu kommt, dass nur 2 Prozent der Milchproduktion exportiert werden (USA 5 Prozent, EU 9 Prozent), nur 4 Prozent werden importiert. Nach dem Willen der WTO und der EU soll sich dies ändern: Seit Mitte 2009 verhandelt die EU mit Kanada

über ein Freihandelsabkommen. Nicht neu, aber dennoch überraschend in dieser Deutlichkeit, wird in der Studie sichtbar, dass niedrige Erzeugerpreise keineswegs auch niedrige Preise für Verbraucher bedeuten. Viel mehr steigt in deregulierten Märkten die Differenz zwischen dem, was der Verbraucher bezahlt und der Erzeuger erhält. Am höchsten ist diese Spanne in den liberalisierten Märkten Neuseelands, Australiens und der USA, während sie in Kanada am niedrigsten ausfällt. Stabile Erzeugerpreise sind also durchaus auch im Interesse der Verbraucher; wenn die Gewinne in der Produktionskette angemessen verteilt sind. Bisher fehlt in allen Milchmärkten weitestgehend die Berücksichtigung von klimafreundlicher Milcherzeugung, Tierschutz und Artenvielfalt. Hier müssen wir stärker als bisher Weidehaltung und Grünlandwirtschaft fördern. Zudem brauchen wir eine Strategie, die der Abhängigkeit Europas von Eiweißfuttermittel-Importen begegnet.

Mirjam Schneider

Mitarbeiterin im Büro des Europaabgeordneten Martin Häusling

Die von Marita Wiggerthale (Oxfam) erstellte Studie wurde vom Grünen Europaabgeordneten Martin Häusling in Auftrag gegeben. Die vollständige Studie kann unter www.martin-hausling.eu heruntergeladen werden.

Glückwunsch Josef!

Sein Foto sorgte einst bundesweit für Aufsehen und der Westdeutsche Rundfunk wählte ihn daraufhin zum Bauer des Jahres: Josef Jacobi stellte sich mitten auf die Durchfahrt seines Heimatdorfes Körbecke in Westfalen und stoppte ganz allein einen Zug britischer Panzer, die durch sein Dorf donnern wollten. So kennen wir Josef: Kraftvoll, mutig, bodenständig, mit viel Herz und Verstand. Zehn Jahre steuerte er das Schiff der AbL als Bundesvorsitzender durch manche Höhen und Niederungen der agrarpolitischen Arbeit. Danach gründete er mit einigen



Weggefährten die erfolgreiche „Upländer Bauernmolkerei“, wo er als deren Vorstandsvorsitzender neue Maßstäbe im fairen Umgang mit den Milcherzeugern setzt. Josef wirkt durch seine Persönlichkeit und durch sein Tun und hat sich eine hohe Wertschätzung quer durch alle Reihen der Agrarszene und darüber hinaus erworben. Am 9. November wird Josef 65 Jahre alt. Der AbL-Bundesvorstand und alle Mitarbeiter gratulieren sehr herzlich. Josef, schön, dass es Dich gibt! *Georg Janßen*

EU-Agrarpolitik zum Frühstück

Der Einladung zum Agrarpolitischen Frühschoppen der AbL-Baden-Württemberg am 10. Oktober 2010 mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf in Maulbronn-Zaisersweiher sind über 100 Zuhörer gefolgt. Sonnenschein, Zwiebelkuchen und Neuer Wein in der Scheune des idyllischen Schülenswaldhofs der Familie Förster machte das Thema EU-Agrarpolitik einfacher zugänglich. Mit der Zuspitzung, dass die bisherige Agrarpolitik der ständigen Ausgleichslogik von durch die Landwirtschaft entstandenen Schäden am Ende ist, verdeutlichte Graefe zu Baringdorf den Landwirten und Verbrauchern aus der Region Nordschwarzwald-Kraichgau den grundlegenden Reformbedarf, den die AbL fordert. Mit der Veranstaltung unter dem Titel „Zukunftsmodell Bäuerliche Landwirtschaft – sozial, umweltverträglich, nachhaltig und fair!“ gründete sich die AbL-Regionalgruppe Nordschwarzwald-Kraichgau neu und lädt alle interessierten Bäuerinnen und Bauern der Region ein mit teilzunehmen. Kontakt: Wilfried und Dorle Förster: Tel: 07 0432206, info@schuelenswaldhof.de *Jochen Fritz AbL-BW*

Mit langem Atem

Im Mittelpunkt der gut besuchten Herbsttagung der AbL Niedersachsen auf dem Biolandhof Voigt in Syke standen Aktive aus verschiedenen Bereichen, die von ihrer politischen Arbeit und von ihren Karftquellen „für den langen Atem“ berichteten: Edith Liersch vom AbL-Landesverband Bayern, 3.v.l.), Eckehard Niemann von Bauernhöfe statt Agrarfabriken, 1.v.l.), Johanna Böse-Hartje (BDM, 3.v.r.), Annemarie Volling (Gentechnik, 2.v.l.) und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Agrarreform, 4.v.r.). Das Fazit der Diskussion: Wir sind an den richtigen Stellen aktiv, an denen es auf die AbL ankommt. Die Bewegungen für eine bäuerliche Landwirtschaft hier und weltweit haben mächtige Gegner, aber vor allem auch große gesellschaftliche Unterstützung. Diese erfolgreich in Agrarpolitik umzusetzen, macht Mut und Spaß! *en*



Kurzes am Rande

Bundesweite Großdemonstration

gegen Castor-Atomtransporte und die Atompolitik der Bundesregierung

**am Samstag, den 6. November 2010
in Dannenberg, 13 Uhr am Verladekran**

Liebe bewegte Menschen, liebe Bäuerinnen und Bauern, die Absicht der Bundesregierung ist klar: Die Laufzeiten der Atomkraftwerke sollen verlängert, Gorleben als Endlagerstätte wider besseren Wissens weiter erkundet und die Stromkonzerne EON, Vattenfall, RWE, EnBW mit Milliardengeschenken bedient werden. Gleichzeitig wird den erneuerbaren Energien durch Blockierung der Netze der Saft abgedreht. Politik und Atomwirtschaft wollen trotz Atomkraftwerkspannen und Unfällen und trotz des absaufenden Bergwerks in Asse, das für die Ewigkeit halten sollte, die Atomtransporte mit hochradioaktivem Müll wieder im November ins Wendland schaffen. Der Protest soll mit massivem Polizeiaufgebot beiseite geschoben werden!

Profite auf Kosten der Sicherheit – nicht mit uns! Wir setzen unseren über 30 Jahre alten Widerstand fort. Wir stellen uns und unsere Trecker mit phantasievollen Aktionen quer! Wir machen das, weil wir etwas zu verteidigen haben. Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft der Menschen, um unsere Familien, um unsere Kinder. Wir sind es uns und ihnen schuldig, dass wir uns bewegen. Die Bäuerliche

Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sagen: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Es geht uns um unsere Heimat, um unsere Bauernhöfe, ob konventionell oder biologisch bewirtschaftet, die wir erhalten und weiterentwickeln wollen. Wir setzen auf Qualitätserzeugnisse, Direktvermarktung, auf Biolandbau und Neuland, auf erneuerbare Energien. Dies, was wir im Wendland aufgebaut haben, werden wir uns nicht durch die Atomindustrie kaputt machen lassen. Ein Atomausstieg bedeutet einen Sieg fürs Leben. Deshalb ruft der Bundesvorstand der AbL seine Mitglieder und alle Leser/innen der Bauernstimme auf, sich an der Demonstration und an den Protestaktionen im Wendland und im Bundesgebiet aktiv und zahlreich zu beteiligen!

*Georg Janßen
Bundesgeschäftsführer der AbL*

Weitere Informationen zur Demo und zu den Aktivitäten rund um die Castortransporte siehe Internetseite der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg
www.bi-luechow-dannenberg.de/

Atom Müll ist kein regionales Problem Widerstand kostet Geld!

Die Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg bittet um Spenden. Wir können leider keine Spendenquittungen ausstellen, möchten uns aber trotzdem bei den SpenderInnen bedanken. Aus Datenschutzgründen bekommen wir die Anschrift aber nur, wenn Sie Namen und Adresse auf dem Überweisungsträger mit angeben.

Spendenkonto: 42 008 904, KSK Lüchow (258 501 10)

Ökostrom für Mitglieder

Die AbL RLP-Saar und LichtBlick schließen Rahmenvertrag

Nach Gesprächen mit lokalen Stromanbietern und im Vergleich mit bundesweit tätigen Ökostromanbietern haben die AbL RLP-Saar und die Fa. LichtBlick einen Rahmenvertrag zu Ökostrombezug geschlossen. Er bietet den Mitgliedern der AbL im Vergleich zu den „Großen Anbietern“ einerseits einen kostengünstigen Strombezug und andererseits Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien. Gerade für unsere mittelständigen, bäuerlichen Betriebe, oft selbst auch Energiewirte, besteht mit dem Strombezug eine direkte Einflussnahme auf den Markt. Die Angebotserstellung erfolgt ausschließlich durch Fa. LichtBlick. Natürlich ist der AbL-Landesverband auch gerne bereit, weitere

Auskünfte zu erteilen. In Zukunft wird es möglich sein, den Stromwechsel über eine von Fa. LichtBlick speziell für AbL-Betriebe eingerichtete Internetseite zu tätigen. Wir freuen uns über die rege Nachfrage unserer Betriebe und über Alle, die in Zukunft zu uns kommen wollen, um uns als Verband in unseren Zielen für eine bäuerliche, umwelt- und klimarechte Landwirtschaft zu unterstützen.

*Norbert Worm
Landesgeschäftsführer RLP/Saar*

Kontakt zu LichtBlick: 040-80803036 unter dem Stichwort: AbL oder Faxantwortbogen beim LV RLP-Saarland.

Betriebsspiegel

Biohof im Bergischen Land /
Westerwald
80 ha, 58 ha Grünland, 16 ha Acker
und 6 ha Naturschutz
45 Milchkühe
55 Stück Jungvieh

Vertraut den neuen Wegen' war eines der Lieder des diesjährigen Erntedankfestes, das am ersten Oktobersonntag auf vielen Höfen gefeiert wurde. Der geneigte Leser wird den Text vielleicht kennen, doch besonders eine Zeile möchte ich gern zitieren: „Wer aufbricht, der kann hoffen in Zeit und Ewigkeit. Die Tore stehen offen. Das Land ist hell und weit.“ Gerade in der jetzigen Zeit, wo sich nach vielen Bauernprotesten der letzten

Jahre die Möglichkeiten von tiefer gehenden Veränderungen abzeichnen, fand ich dieses Lied sehr treffend gewählt. Für viele Bauern gehört bestimmt Mut dazu, sich dem bisherigen Wachsen und Weichen entgegen zu stellen. Andere Formen von Anbau und Vermarktung oder Viehhaltung zu wählen, innovativ zu produzieren und nicht nur für die Massenverarbeitung gedachte, leicht austauschbare Ware weicht stark vom bisherigen Standard ab. Das gut eingefahrene, vertraute Muster in Frage zu stellen und stattdessen auszuprobieren, was bisher eher belächelt wurde, fällt bestimmt nicht jedem Bauern leicht. Doch nur dieser

Weg bietet die Chance, dem Hamster rad zu entkommen. Genau jetzt sollten Viele den ‚Mut zum Umdenken‘ haben, denn unser Handeln auf den Höfen hat so vielfältige Wirkung.

Unser Erntedankgottesdienst fand nun schon das fünfte Mal auf unserem Hof statt. Mir war es der richtige Anlass auch mal DANKE an viele Menschen zu sagen, deren Einsatz für viele Betriebe die Zukunft sichern kann. Es sind die Aktiven in unserer Gesellschaft, die wie wir erkannt haben, dass die bäuerliche Landwirtschaft das Zukunftsmodell ist. Sie unterstützen einen Prozess des Umbruchs, der nicht ohne Widerstand sein wird. In Organisati-

onen der Kirchen, in Umweltgruppen und den vielen lokalen Gruppen, die sich mit den Themen rund um die Landwirtschaft beschäftigen, sind sie zu finden.

Das Zusammenarbeiten mit den vielfältigen Aktionsgruppen wird für die sich neu orientierenden Bauern die Chance sein, sich in der Politik endlich Gehör zu verschaffen für die dringend notwendigen Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die Bauern.

Bernd Schmitz

‚Vertraut den neuen Wegen‘ Text: Klaus Peter Hertzsch, 1989

Mut zum Umdenken

Das Jahr geht zur Neige und nun auch die Pflügesaison – meine Philosophierzeit. Das vergangene Jahr hat uns eine eher bescheidene Ernte beschert und nun beobachte ich die sich wendende Erde. Alles, was wir uns anders gewünscht hätten, wird untergepflügt und nach oben kommt die Vision einer neuen Ernte, bei der sich der Bio-Acker nicht durch Distelnester, sondern nur durch roten Klatschmohn und fehlende Fahrgassen vom benachbarten konventionellen unterscheidet. Das Beobachten eines schönen Bestandes erfreut mich mehr als ein hoher Ertrag.

Nun bin ich 65 und habe damit das offizielle Rentenalter erreicht. Da geht mir nicht nur der Verlauf des letzten Jahres durch den Kopf. Es tauchen auch die vielen Jahre eines Lebens auf, das ich mir ohne Saat und Ernte nicht vorstellen konnte und das geprägt war vom Wechsel der Jahreszeiten. Mit Kopfschütteln und mit Wut habe ich registriert, wie das Abwechslungsreiche von Jahr zu Jahr ein Stück weiter weg rationalisiert wurde. Von den vielen Aufgaben, die Bauernhöfe über viele Generationen wahrgenommen haben, ließen Ausbildung, Beratung und Förderung nur noch einen einzigen gelten: Gewinnmaximierung. Ich erinnere mich an eine Rodeprämie für Streuobstwiesen, um den Absatz von Plantagen- und Importprodukten zu verbessern. Man stelle sich nur eine kahle Hofstelle ohne blühende Obstbäume im Frühling vor! Fast gleichzeitig gab es eine Abschlachtprämie für Milchkühe, die nur gewährt wurde, wenn auch die beste zum

**Vertraut den neuen Wegen**

1. Vertraut den neuen Wegen,
auf die der Herr uns weist,
weil Leben heißt: sich regen,
weil Leben wandern heißt.
Seit leuchtend Gottes Bogen
am hohen Himmel stand,
sind Menschen ausgezogen
in das gelobte Land.

2. Vertraut den neuen Wegen
und wandert in die Zeit!
Gott will, dass ihr ein Segen
für seine Erde seid.
Der uns in frühen Zeiten
das Leben eingehaucht,
der wird uns dahin leiten,
wo er uns will und braucht.

3. Vertraut den neuen Wegen,
auf die uns Gott gesandt!
Er selbst kommt uns entgegen.
Die Zukunft ist sein Land.
Wer aufbricht, der kann hoffen
in Zeit und Ewigkeit.
Die Tore stehen offen.
Das Land ist hell und weit.

„Jahres“-Rückblick

Metzger ging. Das war der Anfang einer Entwicklung zu rasant wachsenden Herdengrößen, an deren Ende keine Kuh mehr auf die Weide kommt. Dabei war für mich nach langen Winterwochen der Weideaustrieb geradezu der Inbegriff von Frühling. Herodesprämien und Förderung neuer Mastanlagen gingen Hand in Hand. Herausgekommen ist die reine Monotonie. Beim Stallaufenthalt zur Tierbetreuung oder bei ihrer Verwaltung vor dem Computer wird mit zunehmender Bestandsgröße das Tier nicht mehr als Krea-

tur wahrgenommen, die Arbeit immer eintöniger und das Erlebnis von Jahreskreisläufen und vom Wechsel der Jahreszeiten immer nebensächlicher. Dabei war es einmal Kern bäuerlicher Arbeit. Ich, der mal Beamter auf Lebenszeit war, aber unbedingt Bauer werden wollte, hätte für eine solche Tätigkeit niemals den vorherigen Beruf aufgegeben. Bei sehr überschaubaren Tierzahlen auf unserem Hof freue ich mich auf den nun anbrechenden geruhsamen Teil des Jahres, den Winter. Ich werde viel Zeit haben für unsere Enkel-

kinder, in deren Bilderbüchern nicht Agrarfabriken, sondern Bauernhöfe zu sehen sind.

Heinrich Angenendt

Betriebsspiegel

Biohof im Münsterland
60 ha Bio-Vermehrung von
Getreide und Körnerleguminosen
40 Schweine, 30 Hühner, 7 Schafe,
2 Rinder

Kollaps am Hähnchenmarkt prophezeit

In der Branche treiben sich die Konkurrenten durch massive Erweiterungen der Kapazitäten in die Überproduktion

keine industrielle Biogas-Anlage

Der Gemeinderat von Neuhaus (Elbe) hat es mehrheitlich abgelehnt, den Bau einer 2,6-Megawatt-Biogasanlage des Agrarkonzerns „Ruhe Agrar GmbH“ im Biosphärenreservat Elbtalau zu genehmigen und damit die Region und deren Tourismusperspektiven vor weiterer Agrarindustrialisierung, Vermaischung und Großmaschinen-Transporten geschützt. Investor Ruhe kündigte nach dem ablehnenden Bescheid den Bau von 8 kleineren Biogasanlagen in gleicher Gesamtdimension an, wofür er offenbar Mitarbeiter der von ihm gekauften Agrargesellschaft als „Investoren“ vorschicken wollte. Die AbL sieht darin ein Beispiel dafür, wie Ruhe mit Gutsherren-Attitüden die Region zu dominieren gedenke. Die Genehmigungsbehörden des Landkreises Lüneburg seien aufgerufen, solchen „Tricksereien und Schein-Projekten“ gegebenenfalls einen Riegel vorzuschieben. *en*

Die Warnungen vor einem bevorstehenden Zusammenbruch des Hähnchenmarktes jetzt nachdrücklich bestätigt durch eine Marktanalyse des Geflügelmarkt-Experten Prof. Hans-Wilhelm Windhorst. Der agrarindustriennahe ehemalige Leiter des ISPA-Instituts an der Universität Vechta veröffentlichte seine Warnung vor ruinösen Überkapazitäten in der Fachzeitschrift *DGS Magazin*, dem offiziellen Organ des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft. In seiner Analyse „Wachstum als Risiko?“ beschreibt er die derzeit laufende massive Erweiterung der Schlachtkapazitäten in der Hähnchenbranche: vor allem

durch den Schlachthofneubau des Rothkötter-Konzerns in Wietze (bei Celle) und – als Reaktion darauf – auch durch den Ausbau von Schlachtkapazitäten bei dessen Konkurrenten Wiesenhof, Sprehe, Stolle und Friki. Die in diesem Verdrängungswettbewerb produzierten Überschüsse belaufen sich laut Windhorst auf „weit mehr als das Doppelte des wahrscheinlichen Zusatzbedarfs“.

Überschüsse steigen weiter

Schon 2011 und danach noch verstärkt werde somit weit über die Aufnahmefähigkeit der deutschen, der europäischen und

voraussichtlich auch der internationalen Märkte hinaus produziert werden. Windhorst warnt, infolge dieser Überschüsse werde in der ganzen Produktionskette bald kein Geld mehr verdient werden. Dies werde nicht nur zu einer Unterauslastung oder zu einem Zusammenbruch von Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben führen, sondern werde vor allem auch die Vertragsmäster in Form von Preisdruck, Vertragskündigungen und Liquiditätsproblemen treffen.

Wachsende Abhängigkeiten

Die regionale Verdichtung der Produktion und deren Ausdehnung nach Ostniedersachsen werde zudem „das Problem der umweltverträglichen Verwertung der tierischen Exkremente und des Krankheits- und Seuchenrisikos“ noch weiter verschärfen. Die regionalen Verschiebungen der Getreide-Warenströme führen laut Windhorst zu einer noch stärkeren Abhängigkeit von Futtermittelimporten und von risikoreichen Marktschwankungen. Ein wachsendes Problem sieht Windhorst auch im Widerstand gegen eine weitere Verdichtung bzw. Neuerrichtung von Mastanlagen. Dieser komme „nicht nur von Tier- und Umweltschutzorganisationen, sondern auch von der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung sowie von Landwirten selbst“. *en*



Dicht gedrängt sind die jungen Hähnchen. Die Investoren fördern die Überproduktion. Foto: Viktor/Pixelio

Tiere dürfen nicht verbrennen

Rettungskonzept für den Brandfall in Massentierhaltungen gefordert

Völlig neue Rahmenbedingungen bei allen Antragsverfahren für agrarindustrielle Großställe ergeben sich durch einen aktuellen Beschluss des Landkreises Emsland zum Brandschutz. Demnach haben Investoren durch ein Brandschutz-Gutachten nachzuweisen, dass die Tiere im Brandfalle rechtzeitig aus den Ställen gerettet werden können. Der emsländische Landrat Hermann Bröring hat deshalb die Genehmigung zahlreicher Großställe vorerst auf Eis gelegt, nachdem ein Anwalt der Bürgerinitiativen den Vorrang des Tierschutzes gegenüber dem Baurecht für Agrarfabriken in die Genehmigungsverfahren eingebracht hatte. Die AbL verlangte parallel dazu einen sofortigen landes- und bundesweiten Genehmigungs-Stopp für Großanlagen, die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz geprüft würden.

Evakuierung nicht möglich

Die Bürgerinitiativen hatten zuvor auf viele Tausende verbrannter Tiere in Großanlagen hingewiesen. Eine Evakuierung der Tiere in solch riesigen Mastanlagen ist nach Ein-

schätzung der AbL und der Bürgerinitiativen nicht möglich. § 20 der Niedersächsischen Bauordnung schreibe aber vor, dass die baulichen Anlagen so beschaffen sein müssten, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und auch Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich seien. Derlei Brandschutz-Vorkehrungen fehlten bisher in den Antragsunterlagen, die Tiere würden dabei überhaupt nicht berücksichtigt und somit sogar als entzündbare Brandlast gewertet.

Bundesweite Bedeutung

Die neue Brandschutz-Vorgabe, so die AbL, könne nicht auf das Emsland beschränkt bleiben, sondern müsse sofort auch landes- und bundesweit gelten. Die Einschätzung des niedersächsischen Agrarministeriums, wonach die geltenden Rechtsvorschriften ausreichen würden, und dessen Empfehlung, für den Fall eines Brandes „eingezäunte Flächen und Notunterkünfte bereit zu halten“, würden dem Problem nicht gerecht. „Solche Brandschutz-Vorgaben können Ställe in bäuerlichen Dimensionen und mit Auslauf der Tiere gut

einhalten“, so AbL-Sprecher Eckehard Niemann, „die Genehmigung von agrarindustriellen Großanlagen mit Zigtausenden von Hühnern oder mehreren Tausenden Schweinen wird daran scheitern.“

Unzulässige Privilegierung

Landrat Bröring kritisierte zugleich die Überbelastung der Region und die fehlenden Steuerungsmöglichkeiten gegenüber Großanlagen von Agrarindustrie und Kapitalgesellschaften. Bislang werde „alles was nach Landwirtschaft riecht“, beim Bauen im Außenbereich privilegiert. Auf Anraten des Landrats haben bereits 25 Kommunen versucht, über die Bauleitplanung solche Anlagen zu verhindern, unterstützt von zahlreichen Bürgerinitiativen und einem neu gegründeten Aktionsbündnis gegen Agrarfabriken im Emsland. Jetzt hat der Landkreis verordnet, dass den Anträgen auf Großställe Gutachten zum Brandschutz und zur Keimbelastung der Anwohner beizufügen sind. Auch sollen die Anlagen regelmäßig, auch nach der Genehmigung, kontrolliert werden. *en*

Die Planungen zur anstehenden EU-Agrarreform sind in vollem Gange. Auf allen Ebenen organisieren sich die Beteiligten, machen Pläne, veröffentlichen Papiere mit Forderungen und ersten Überlegungen. Aus der EU-Kommission ist ein inoffizielles Papier mit konkreteren Planungen bekannt geworden. Neu ist das breite Engagement von Nichtregierungsorganisationen, die sich auf nationaler und internationaler Ebene zusammenschließen, um gemeinsame Forderungen für eine nachhaltige Reform im Sinne von Bäuerlichkeit, Umweltschutz, Tierschutz, Entwicklungshilfe und Regionalität zu formulieren und gesellschaftlich zu etablieren. Die Hoffnung auf eine nachhaltige Reform ergreift weite Teile der Gesellschaft.



EU-Agrarkommissar greift Kritik an Agrarpolitik auf

Gelder gerechter und ökologischer verteilen. Arbeitskraftbezug aufgegriffen. Wettbewerb fairer gestalten

Am 17. November wird die EU-Kommission ein Papier zur „Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020“ vorstellen. Der Entwurf von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos für dieses Papier ist Anfang Oktober bekannt geworden. Obwohl das Papier ohne Zahlen auskommt und noch auffällig allgemein gehalten ist, setzt es doch einige Duftmarken, die die Diskussionen zur EU-Agrarpolitik bereits ordentlich beflügeln.

Markt schafft nicht alles

Einerseits grenzt sich Ciolos mit der Forderung nach einer starken Agrarpolitik von den so genannten Marktliberalisierern wie Großbritannien, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und zunehmend auch Deutschland ab. Ciolos stellt etwas umständlich fest, dass das normale Funktionieren von Märkten nicht in der Lage sei, den gesellschaftlichen Nutzen von regionaler und ökologischer Ausgewogenheit in der europäischen Landwirtschaft zu gewährleisten. Es brauche weiterhin eine starke öffentliche Politik. Was das konkret an Marktgestaltung oder Aufsicht durch die Politik bedeutet lässt Ciolos weitgehend offen. Die noch bestehenden Instrumente der Intervention (Aufkauf und Lagerhaltung) will er als „Sicherheitsnetz“ beibehalten, zum Teil wieder ausdehnen. Das Auslaufen der Milchquote im Jahr 2015 stellt er kurz fest, um gleich im nächsten Satz Gesetzesvorschläge zur Stabilisierung des Milchsektors (auf Basis der High Level Group) für Ende 2010 anzukündigen. An mehreren Stellen wird die Absicht erklärt, die Verhandlungsmacht der landwirtschaftlichen Erzeuger in der Lebensmittelkette stärken zu wollen. Konkreter wird es nicht.

Direktzahlungen ändern

Der Schwerpunkt des Papiers liegt beim Geld, also bei der Frage, wofür und wie der EU-Agrarhaushalt eingesetzt werden soll. Hier geht der Agrarkommissar

auf Distanz zu Regierungen (z.B. in Berlin) und Verbänden (wie den COPA-Bauernverbänden), die beim Geld alles beim Alten lassen wollen und damit die Interessen der bisherigen größten Profiteure vertreten. An sie richten sich die Vorschläge, die Direktzahlungen der ersten Säule zwischen den Mitgliedstaaten und den Betrieben „gerechter und ausgewogener“ zu verteilen sowie stärker an ökologische Leistungen der Betriebe zu koppeln.

sollen, die Kürzung durch Anrechnung ihrer Lohnkosten zu mildern. Das knüpft an einen langjährigen Vorschlag der AbL sowie der deutschen Plattformverbände an.

2.) Der zweite Teil der neuen Direktzahlungen wird als verpflichtende Begründer-Komponente bezeichnet. Diese Art Umwelt-Zuschläge sollen für einfache, einjährige Umweltmaßnahmen gezahlt werden. Genannt werden als Beispiele der Erhalt von Dauergrünland,

gleichszulage für benachteiligte Gebiete mit spezifischen natürlichen Bedingungen. Diese EU-Zahlungen sollen von den Mitgliedstaaten mit eigenen nationalen Mitteln freiwillig aufgestockt werden können. Die heutige Ausgleichszulage würde damit aus der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) gestrichen und in die erste Säule verlagert. Als eine weitere Komponente der zukünftigen ersten Säule nennt das Papier ferner eine pauschale Zahlung für Kleinbauern. Diese Regelung zielt auf die vielen Millionen Kleinbetriebe in Mittel- und Osteuropa ab.

2. Säule mit Risiko

Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik will Ciolos im wesentlichen belassen, allerdings will er die bei Bauern geschätzte Ausgleichszulage aus dieser Säule herausnehmen (s.o.). Aufgenommen bzw. ausgebaut werden soll dagegen die Subventionierung von Ertrags- und sogar von Einkommensversicherungen. Bisher ist das stärker in der ersten Säule angesiedelt, indem die Mitgliedstaaten freiwillig einen Teil der Direktzahlungen dafür umverteilen können. Wird das in die zweite Säule verlagert, droht das zu Lasten insbesondere der Agrarumweltmaßnahmen zu gehen.



Zu Gast auf der Agrarministerkonferenz in Lübeck: EU-Agrarkommissar Ciolos Foto: Jasper

Dreiteilung in 1. Säule

Ciolos schlägt vor, die Direktzahlungen aufzuteilen in drei Bereiche (über die Gewichtung der drei Teile sagt er nichts): 1.) Der erste Teil wird als Basis-Einkommens-Unterstützung bezeichnet. Sie soll aus entkoppelten Zahlungen (wie heute schon in Deutschland) bestehen, die innerhalb eines Mitgliedstaates oder einer Region (Bundesland) einheitlich hoch sein sollen und an die Einhaltung von vereinfachten Cross-Compliance-Vorschriften gebunden bleiben. Für diese Basisprämien soll eine betriebliche Obergrenze „für große Einzelbetriebe“ eingeführt werden, wobei davon betroffene Betriebe mit vielen Arbeitskräften die Möglichkeit erhalten

Winterbegrünung, Fruchtfolge und ökologische Flächenstilllegung. Zusätzlich soll geprüft werden, so das Papier, ob die Anforderungen zum Erhalt der Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand angehoben werden sollen. Insgesamt soll mit diesen Maßnahmen auf die Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Biodiversität eingegangen werden. Auch hier werden somit Vorschläge u.a. der deutschen Plattformverbände aufgegriffen, wobei es auf die konkrete Ausgestaltung ankommen wird.

3.) Der dritte Bereich, in den ein Teil der heutigen Direktzahlungen der ersten Säule übergehen soll, ist die Aus-

Fazit

Agrarkommissar Ciolos greift mit seinen Vorschlägen einen Teil der öffentlichen Kritik an der EU-Agrarpolitik auf, anderes – wie die gesamte entwicklungspolitische Kritik oder die Eiweißfrage – lässt er außen vor. Doch der Berliner Bundesregierung und dem Bauernverband geht das schon so viel zu weit. Sie lehnen jegliche Qualifizierung der Gelder – sozial und ökologisch – ab. Die Standpunkte werden deutlicher.

Mitte 2011 werden die konkreten Gesetzesvorschläge der EU-Kommission erwartet.

Agricultural & Rural Convention 2020

ARC: Ein europäisches Bündnis für eine tiefgreifende Agrarreform

Eine neue Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU steht ins Haus. Bis Ende 2012 werden EU-Kommission, Agrarrat und EU-Parlament über mögliche neue Ausrichtungen, Instrumente und Finanzierung der GAP beraten. In dieser Zeit wird von vielen Seiten Einfluss genommen auf die Ausrichtung der Agrarpolitik nach 2013. Der Konvent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Agricultural & Rural Convention) will das auch.

Europäischer Zusammenschluss

ARC2020 ist eine Initiative von europäischen Netzwerken und Bündnissen, die seit April 2010 Vorschläge der europäischen Zivilgesellschaft für die Reform der Agrarpolitik zusammentragen und auf einem Internetportal zur Diskussion stellen. Statt auf die Veröffentlichung der Reformvorschläge der EU-Kommission zu warten und dann viestimmig und unkoordiniert darauf zu reagieren, wurde ein gemeinsamer Reformvorschlag erarbeitet. Zwei Wochen vor der Veröffentlichung der generellen Reformvorschläge der Kommission, der so genannten „Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik 2020“, wird nun eine „Gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft“ an die europäischen Institutionen zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen vorgelegt. Die endgültige Erklärung mit detaillierten Reformvorschlägen wird am 4. und 5. November in Brüssel im Ausschuss der Regionen unter allen Beteiligten verhandelt und am 16. November der Öffentlichkeit vorgestellt.

Viele Gruppen, eine Stimme

Die gemeinsame Erklärung wurde aus Stellungnahmen und Reformvorschlägen nationaler und regionaler Nichtregierungsorganisationen erarbeitet. Auf nationaler Ebene sind in vielen Mitgliedsstaaten schon Bündnisse entstanden, die wie das deutsche Agrarbündnis und das französische PAC 2010 Verbände aus Umwelt-, Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Tierschutz bereits unter einen Hut gebracht haben. Diese Zusammenschlüsse haben bereits klare Forderungen an ihre Regierungen und die EU-Institutionen formuliert (die *Bauernstimme* berichtete). Aber sie werden bisher nur in ihren nationalen Zusammenhängen wahrgenommen und haben wenig Einfluss auf die Mehrheitsbildung auf europäischer Ebene. Der Konvent versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zur Initiative von Agrar-

kommissar Ciolos, mit der auf einem Internetportal der Kommission individuelle Vorschläge von Bürgern zusammentragen wurden. Im ARC2020 Prozess konnten die Teilnehmer nicht nur ihre Vorschläge und Forderungen vorstellen, sondern in Arbeitsgruppen ihre Beiträge für die gemeinsame Erklärung untereinander diskutieren und abstimmen. Darüber hinaus fanden im Rahmen des Konvents in zahlreichen Mitglieds- und Beitrittsstaaten regionale und thematische Vorbereitungskonferenzen statt, die die besonderen Bedingungen und Forderungen aus Ost- und Westeuropa, unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen und den beteiligten Interessengruppen zusammentragen.

Bilaterale Gespräche

Das deutsche und französische Agrarbündnis trafen sich beispielsweise Mitte September in Aachen, um einen gemeinsamen Beitrag zur

reiche Seminare und Vorbereitungskonferenzen statt.

Als erste Stellungnahme zu den großen Linien der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und als Aufruf zur Mitarbeit an alle interessierten Organisationen in Europa veröffentlichte der Konvent ein „statement of principles“. Dieses Statement wurde als Beitrag zur Abschlusskonferenz der Bürgerbefragung der EU Kommission am 19. und 20. Juli in Brüssel der Presse vorgesellt. Darin wurde eine radikale Abkehr vom industrialisierten Agrarmodell gefordert und eine klare Hinwendung zu einer nachhaltigen, vielfältigen, und auf regionale und lokale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. „Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft“ und „Wiederbelebung der ländlichen Regionen“ waren die zentralen Forderungen. Das „statement of principles“ legte die Grundforderungen für eine tiefgreifende Reform

mengefasst.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien begann dann die eigentliche Arbeit an den Reformvorschlägen. Seit der Sommerpause wurden zwei Entwürfe in den Arbeitsgruppen beraten und ins Internet gestellt, auf die zahlreiche Änderungsvorschläge eingereicht wurden. Eine Redaktionsgruppe der Initiativen des Konvents integrierte diese Vorschläge nach Rücksprache mit den Autoren nach und nach in den Text. Zu den Initiatoren des Konvents gehören unter anderen der European Milk Board, die EU Vertretung von IFOAM, Forum Synergies (ein europäisches Netzwerk für nachhaltige ländliche Entwicklung), die Groupe de Bruges (ein europäischer Think Tank von Akademikern und ehemaligen Agrarministern) und PREPARE, ein Netzwerk von ländlichen Entwicklungsinitiativen in Osteuropa.

Integrative Momente

Die Koordination der Arbeiten des Konvents läuft in der Europäischen Schule für Journalismus (IHECS) in Brüssel zusammen. Die Direktoren der Schule, in der rund 1.200 Studenten auf ihre Arbeit in Presse, Radio, Fernsehen und anderen Kommunikationsmedien ausgebildet werden, nutzen den Konvent als Projektarbeit für den journalistischen Nachwuchs. Dazu gehören die Arbeit am Internetauftritt, Videoclips, Interviews mit Vertretern des Konvents und die Vorbereitung von Pressematerial. Ein Interview mit dem Agrarkommissar zur Arbeit des ARC2020 ist auf der Internetseite zu sehen. Weitere Öffentlichkeitsarbeit und Debatten in Radio und Fernsehen sollen folgen.



Das bisherige Oben ohne Unten gilt es zu ändern!

Foto: Bratek/pixelio

ARC Erklärung beizusteuern. Mit von der Partie waren der European Milk Board (EMB), der auch zu den Initiatoren des ARC Prozesses gehört, die AbL, der BUND, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Misereor, PAC2013 und Euro-natur. Anfang September hatten sich in Ohrid, Mazedonien, über 100 Vertreter von ländlichen Netzwerken und Bauernorganisationen aus ganz Südosteuropa zusammengefunden, um ihre Erwartungen an eine zukünftige GAP und entsprechende Vorbeitritts-Maßnahmen für die Kandidatenländer zum Ausdruck zu bringen. Auch in Spanien, Italien und Frankreich fanden zahl-

der Agrar- und der ländlichen Entwicklungspolitik fest. Unter „Notwendigkeiten (imperatives)“, wurden im Hinblick auf den Welthunger, Klimawandel, Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität, unfairen Handel und ungerechte Verteilung von Fördermitteln begründet, warum „business as usual“ in der GAP der Zukunft unverantwortlich wäre. Unter den Stichworten Lebensmittelqualität und -sicherheit, Mehrwert für die Regionen, Marktdifferenzierung, „public goods“, „renaissance“ der ländlichen Regionen und besseres Gleichgewicht zwischen Politik und Förderfonds, wurde die gemeinsame Philosophie der Forderungen zusam-

Orientiert am Kommissionstiming

Am 20. Oktober veröffentlichte die Redaktionsgruppe des Konvents einen neuen Entwurf der Gemeinsamen Erklärung der Zivilgesellschaft an die EU Institutionen. Bis zum 26. Oktober können weitere Änderungsvorschläge eingereicht werden. Auf der Konferenz des Konvents am 4. und 5. November in Brüssel wird dann im Stil der Vereinten Nationen ein gemeinsamer Text im Konsensverfahren verhandelt. Alle Mitglieder des ARC, aber auch interessierte Beobachter können an dieser Konferenz teilnehmen. Nach Verabschiedung der Erklärung bemühen sich die Mitglieder und Unterstüt-

Fortsetzung nächste Seite unten

Zivilgesellschaftlicher Think tank in Hofgeismar

Landwirtschaft gestalten – Herausforderungen für die Agrarpolitik weltweit. Vielfältigste Themen unter einem Dach

Die ehemals fürstlichen Gemäcker der heutigen evangelischen Akademie Hofgeismar waren der Treffpunkt von über hundert Vertretern von Landwirtschafts-, Natur-, Tierschutz-, Entwicklungshilfeorganisationen und Regionalinitiativen. Unter dem Titel „Landwirtschaft gestalten – Herausforderungen für die Agrarpolitik weltweit“ hatte das Agrarbündnis zur zweitägigen Tagung eingeladen. Anlass ist die anstehende EU-Agrarreform, deren Ausgestaltung die anwesenden Verbände als Vertreter der Zivilgesellschaft maßgeblich mitgestalten wollen.

Auftaktdiskussion

Die ganze Bandbreite der Positionen wurde in der Auftaktdiskussion deutlich. Eloquent berichtete der Vertreter des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Herr Dr. Guth, von den Zielen der Bundesregierung. Keine Modulation, keine Degression, keine Kopplung der Zahlungen an Arbeitskräfte. Keine zusätzlichen Vorgaben bei Cross Compliance, kein Unterschied zwischen Acker und Grünland, keine zusätzliche Kontrollbelastung, keine Änderung des Zweisäulenmodells. Kurz zusammengefasst: Alles soll beim Alten bleiben. Die vorausgegangenen Anpassungen, insbesondere die Entkopplung sowie die einheitliche Flächenprämie auf Grün- und auf Ackerland, würden auch in Zukunft als Steuerungsinstrument ausreichen. Gestenreich versuchte Herr Hämmerling vom Deutschen Bauernverband gegnerische Positionen zu entwickeln, um sie dann zu demontieren. Unterschiede zur Position der Bundesregierung wurden dabei nicht erkannt. Im Bezug auf die Umweltinteressen stellte Hämmerling wie sein Vordränger fest, dass die einheitliche Flächenprämie zu einem „greening“ führe. Weshalb Ackerbauern ihre Produktion auf eine nachhaltige Grünlandbewirtschaftung umstellen sollten ließen beide Redner offen.

Nachdem die ersten Redner sich be-

schränkt hatten, den Status Quo zu beschreiben, fiel es Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf um so leichter, Ziele der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zu erläutern. Zu erkennen, dass die Agrarpolitik der vergangenen Jahrzehnte immer ein Weg von bäuerlichen Strukturen war und es deshalb eines grundsätzlichen Umdenkens bedarf, formulierte zu Baringdorf auch im Sinne vieler Vertreter anderer Organisationen. Konkret forderte er eine Bindung der Direktzahlungen an Arbeitskräfte, machte deutlich, dass es, auch den Steuerzahlern gegenüber, nicht mehr vertretbar sei, wenn 20 Prozent der Betriebe über 80 Prozent der Fördergelder bekommen. Eine bäuerliche Landwirtschaft sei mehr als Nahrungsmittelproduktion. Sie schaffe und erhalte Kulturlandschaft. Lebens-, Wohn- und Arbeitsräume in den ländlichen Regionen. Um zu einer sonnengestützten statt erdöorientierten Wirtschaftsweise zurückzukehren, sei eine Qualifizierung der Agrarförderung unabdingbar. Als Beispiel führte er die Forderungen für die Fruchtfolgegestaltung an. Mit einer

mindestens zweigliedrigen Fruchtfolge, durch die eine Vermaisung unterbunden und dem Maiszünsler die Nahrungsgrundlage entzogen wird, mit 25 Prozent Leguminosenanteil, die dabei helfen, Futterkreisläufe zu schließen und schrittweise von Sojaimporten unabhängig zu werden, und 20 Prozent Ausgleichsflächen, die Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten schaffen.

Vielfältige Arbeitsgruppen

Dass die Tagung ihrem Anspruch, weite Teile der Zivilgesellschaft zu repräsentieren, gerecht wurde zeigte sich zum einen in der Zusammensetzung der Teilnehmer, aber auch in der Vielfalt der Themen. Regionalität, Gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft, klimafreundliche und artgerechte Produktion, Marktstrukturen, Grünland und honorierter Umweltschutz waren nur einige der Schlagworte, die in den verschiedenen Arbeitsgruppen behandelt wurden.

Gemeinsam handeln

Das Plenum am Morgen des zweiten Tages stand unter dem Motto: Die Ge-

sellschaft mobilisieren. Über die Mittel und Wege, mit denen Greenpeace versucht, Themen zu skandalisieren und die Bevölkerung zu mobilisieren, um politische Änderungen herbeizuführen, berichtete Martin Hofstetter. Romuald Schaber berichtete aus Sicht des Bundesverbands der deutschen Milchviehhalter (BDM), dass es in der bisherigen Auseinandersetzung von zentraler Bedeutung gewesen sei, dass man über den Kontakt zu anderen Verbänden das Thema Milch an eine breite Bevölkerung herantragen konnte. „Nur so ist es gelungen, einen derart großen Rückhalt in der Bevölkerung aufzubauen“, so Schaber.

Der Beitrag von Benny Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft: Viele Verbände; trotzdem gemeinsam handeln, hatte zur Überschrift, was Ziel der gesamten Tagung war. Motivierend, kämpferisch machte Haerlin deutlich, welche Chancen in einer gemeinsamen GAP-Kampagne so vieler Verbände liegen und schloss frei nach Kennedy „Frage nicht, was die Kampagne für dich tun kann, sondern, was du für die Kampagne tun kannst.“

mn



Viele Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen waren in Hofgeismar vertreten und folgten der Auftaktdiskussion. Foto: Jasper

Fortsetzung von Seite 12

zer des Konvents um weitere Unterzeichner. Am 16. Oktober, einen Tag vor der Veröffentlichung der Kommunikation der Kommission an das Europäische Parlament und den Agrarministerrat wird dann die Erklärung den Vertretern der Europäischen Institutionen übergeben. Selbst eine gemeinsame Erklärung von Verbänden und Bündnissen von Bau-

ern-, Verbraucher-, Umwelt-, Tierschutz-, ländlichen und entwicklungspolitischen Organisationen aus ganz Europa bleibt natürlich solange eine Sammlung von Analysen und Forderungen, solange sie nicht vor Ort in den Mitgliedsstaaten, bei wichtigen Ereignissen wie der Grünen Woche in Berlin und dem Salon de l'Agriculture in Paris offensiv vertreten werden. Der Konvent

hat deshalb seine Arbeit im November auch noch nicht beendet. Erst wenn deutlich wird, dass die europäische Zivilgesellschaft mehr zu bieten hat als eine gemeinsame Erklärung, wenn sie ihre Regierungen, die Kommission und das Europäische Parlament zum Dialog herausfordern kann, statt auf die Arbeit der Institutionen nur vereinzelt und im Nachhinein zu reagieren, be-

kommt die Zivilbevölkerung ein europäisches Gewicht.

„Ein Einfluss der europäischen Zivilgesellschaft, der nicht mehr beiseite geschoben werden kann“, das ist das Ziel und der Slogan von ARC2020. Ein Anfang ist gemacht. Jetzt kommt es darauf an, eine tiefgreifende Reform auch gemeinsam durchzusetzen.

Hannes Lorenzen

EU-Agrarpolitik und Hungerbekämpfung

Eine Agrarpolitik, die Bauern in Entwicklungsländern und Deutschland nutzt

EU-Weizenexporte sinken

Die Weizenexporte aus der EU werden wegen der geringeren Ernte voraussichtlich geringer als in den Vorjahren ausfallen. Nach Angaben der Agrarzeitung sind Unternehmen aus Frankreich, Deutschland und Polen/Baltikum (Ostseehäfen) die Hauptexporteure, die vor allem an Firmen folgender Empfängerländer außerhalb der EU liefern: Nordafrika (Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen), Südafrika und Nahost (Iran, Saudi-Arabien, Emirate). en

Misereor, Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) veranstalteten am 13. Oktober in Berlin die Tagung: „Wer ernährt die Welt?“. Etwa 70 Teilnehmer waren zu der lebhaften Diskussionsrunde gekommen. In der Eröffnungsdiskussion erklärte Leonard Mizzi von der EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, dass angesichts der gewachsenen Weltbevölkerung enorme Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft nötig seien. Zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und dem öffentlich gewordenen Vorschlag des EU-Agrarkommissars Dacian Cioloș blieb Mizzi als sein Mitarbeiter Antworten schuldig. Differenzierter betrachtete Gudrun Kopp (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die exportorientierte EU-Agrarpolitik: „Es kann nicht angehen, dass riesige Mengen Futtermittel nach Europa eingeführt werden und die Menschen in den Anbauländern hungern. Die landwirtschaftliche Produktion in einem Staat muss in erster Linie der Ernährung der eigenen Bevölkerung dienen.“ Die Staatssekretärin kritisiert mit deutlichen Worten die Dumpingwirkungen der EU-Agrarpolitik in Entwicklungsländern. Dennoch sieht sie große Chancen für Entwicklungsländer, wenn diese ihre Handelsschranken weiter fallen lassen würden und damit den Schutz vor möglichen Importfluten. Dem schloss sich Tobias Reichert, Germanwatch-Referent für Welthandel und Ernährung an: „Die Europäische Kommission widerspricht mit ihrer Exportstrategie ihren eigenen Entwicklungshilfezielen. Durch die Ausfuhr von Agrarprodukten zu Dumpingpreisen werden mühsam aufgebaute lokale Märkte zerstört.“

In der Gesprächsrunde mit Gästen aus Indien und Burkina Faso sagte Armin Paasch, Misereor-Referent für Welthandel

und Ernährung: „Heute sind nicht mehr die jährlich etwa 650 Mio. Euro Exportsubventionen für Agrarprodukte entscheidend für die wirtschaftliche Situation in Entwicklungsländern, sondern die Niedrigpreisspirale.“ Diese sei angekurbelt worden durch die EU-Agrarreformen seit 1992. Die Vorsitzende der nationalen Vereinigung der Kleinstmolkereien, Korotoumo Gariko aus Burkina Faso, berichtete, in ihrem Land entwickle sich die lokale Milchproduktion und Vermarktung zu einer ländlichen Wirtschaftskraft. Dennoch drückten Milchimporte aus dem Ausland, darunter auch aus der EU, auf den Binnenmarkt. „Europäische und afrikanische Milchbauern haben die gleichen Probleme. Also müssen wir uns vor Importen schützen können“, forderte sie. Gariko betonte das an erster Stelle stehende Menschenrecht auf Nahrung: „Wir wollen auch in Würde leben.“ Veterinärin Nitya Ghotje, Gründerin der indischen Kleinbauern- und Frauenorganisation Anthra, berichtete über den Aufbau der Milchwirtschaft nach der Unabhängigkeit ihres Landes. Heute sei Indien der größte Milchherzeuger weltweit, es werde täglich frische Milch in die Städte geliefert.

Den europäischen Milchmarkt im Blick

Zwei Räume weiter diskutierten Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) und Eckhard Heuser, Hauptgeschäftsführer des Milchindustrieverbands, mit den Teilnehmern. Heuser verdeutlichte, dass es der Milchindustrie auch zukünftig um Weltmarktanteile geht. „Für Bauern zieht das Argument um Weltmarktanteile nicht“, kommentierte Schaber. Dreiviertel der Exporte aus der EU seien Massenwaren wie Milchpulver und Butter. „Exporte bedingen niedrige Preise“, so Schaber. Angesprochen auf die Vorstellung der Milch-

bauern von der Gestaltung der Märkte skizzierte Schaber die Idee der bedarfsorientierten Milcherzeugung.

Für qualifizierte Zahlungen

In der abschließenden Podiumsdiskussion zwischen Dr. Dietrich Guth, Leiter EU-Politik und Internationale Zusammenarbeit im Bundesministerium für Landwirtschaft, dem AbL-Bundesvorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Nitya Ghotje sprach sich Graefe zu Baringdorf gegen die einseitige Exportorientierung aus. „Wir können uns ja nicht einmal selbst ernähren“, sagte er und wies auf die Abhängigkeit der EU von Futtermittelimporten hin. Er stellte fest, dass die Exportstrategie nicht im Interesse der EU, sondern der Ernährungsindustrie ist. „International wettbewerbsfähige Agrarprodukte aus der EU sind eine Illusion.“ Dies belege auch der Bericht des Europäischen Rechnungshofs von 2009, merkte Schaber aus dem Auditorium in Bezug auf die Milchprodukte an. Graefe zu Baringdorf legte dar, dass durch die einseitige Ausrichtung der Investitionsförderung und pauschale Direktzahlungen Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten stark rationalisierter Betriebe entstünden. Der Arbeitskräfteansatz käme nicht in Anrechnung. Auf diese Argumente ging Guth nicht ein. Er machte deutlich, dass aus seinem Ministerium kein Kurswechsel in der Agrarpolitik zu erwarten sei. Zum einen führte er in seinem Vortrag aus, dass die Exportsubventionen bereits stark zurückgeführt worden seien, und zum anderen sah er keinen Einfluss der EU-Agrarpolitik auf die Entwicklungspolitik.

Graefe zu Baringdorf machte in seinem Schlusswort deutlich, dass die bäuerliche Landwirtschaft weiter vorherrsche, vor allem in Entwicklungsländern, aber auch in Europa. „Es kann noch viel kaputt gemacht werden, aber es ist noch viel zu retten.“ ch



Diskutierten in Berlin über Hunger, Milchproduktion in Indien und Afrika und die EU-Agrarpolitik (v.l.): Armin Paasch und Kerstin Lanje (Misereor), Korotoumo Gariko aus Burkina Faso und Nitya Ghotje aus Indien. Foto: Hinck

„Souveräne Bauern – Sichere Ernte“

Fachtagung der IG Nachbau in Berlin

In die Hauptstadt hatte sich mal wieder die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze aufgemacht, um inhaltlich zu debattieren. Anfang Oktober luden die IG Nachbau, Aktionsgemeinschaft solidarische Welt und die AbL in Berlin zu der Tagung „Souveräne Bauern – Sichere Ernte“ ein. Ein Thema war: „Ist Züchtungsfortschritt auch ohne Nachbaugesetze möglich?“ Referent Oliver Willing (Saatgutfonds Zukunftsstiftung Landwirtschaft) dazu: „Saatgut ist die Grundlage unserer Ernährung. Jahrtausendlang wurde es weiterentwickelt, gepflegt und ausgetauscht. Die so entstandenen Sorten sind vielfältig, lokal angepasst, fruchtbar und frei zugäng-

freie Züchtungsinitiativen ideell und finanziell. Die Züchtung einer neuen Sorte dauert mindestens zehn Jahre und kostet bis zu 600.000 Euro, deshalb ist hier auch finanzielle Unterstützung wichtig. Neben dem Erhalt alten Saatguts ist die Züchtung neuer Sorten wegen den Patentrechten, Lizenzen etc. der Saatgutmultis notwendig, wenn wir nicht bald allen Saatguts beraubt sein wollen.

Aktionen wie „SOS-Save our Seeds“ zur Reinhaltung des Saatguts von gentechnischer Kontamination oder die Mitmachaktion Bantam-Mais sind weitere Tätigkeitsfelder. Der Saatgutfonds ist auf Spenden oder Fördermitgliedschaften angewiesen. Der Förder-

Hybride umgestellt. Bio-Züchter hätten zukünftig das Nachsehen. Die Bio-Kette „Alnatura“ erkannte mit der Bingenheimer Saatgut AG das Problem und gemeinsam entwickelte man Möglichkeiten, die Zucht zu unterstützen. So sammelte Alnatura bei Käufern der Bio-Produkte ihrer Kette Geld für Züchtung und Züchtungsfortschritt.

Menschen einbeziehen

Man war sehr überrascht, wie viele Menschen sich an dem Fonds beteiligten. Durch die „Alnatura“ Saatgutaktion und den Kauf von Saatguttütchen konnte die Entwicklung und Erhaltung des ökologischen Saatguts von 2004 bis 2009 mit 221.000



Wenn Bauern nicht zu Handlangern der Saatgutkonzerne werden sollen, müssen sie freien Zugang zu Saatgut bekommen.

Foto: Redaktion

lich.“ Saatgut ist Erbe der Menschheit, in vielen Kulturen heilig gehalten wurde Saatgut ein Gemeingut. Heute jedoch wird es auch als Wirtschaftsgut gesehen, als Rohstoff für Biotechnologie und für die Börse. Saatgut ist über 10.000 Jahre alt. Vor zehn Jahren hat der Fonds die Arbeit angefangen. Grund dafür war die Konzentration auf dem Saatgutmarkt. Vor 25 Jahren gab es weltweit noch 7.000 Saatgutfirmen. Keine davon hatte einen Marktanteil von über einem Prozent. Heute kontrollieren zehn Konzerne 70 Prozent des kommerziellen Saatgutverkaufs weltweit. Diese zehn Firmen sind Agrochemie-Riesen und keine herkömmlichen Züchter mehr. An der Spitze steht Monsanto, das vor 20 Jahren noch gar nichts mit Saatgut zu tun hatte. Willing beklagte den Verlust der Vielfalt durch Hybridzucht und den Aufkauf kleiner Gemüsezüchter. Dadurch sind allein in den letzten Jahren 2.000 Gemüselinienarten der Allgemeinheit verloren gegangen, da sie in die Saatgutbank von Monsanto gewandert sind. Der Saatgutfonds unterstützt über 20 ökologische und gentechnik-

beitrag muss daher nicht hoch sein.

Oliver Willing schloss sein Referat mit einem Aufruf an alle: Erhalt des Saatguts ist nicht nur Aufgabe der Bauern, sondern aller Bürger. Auch kleine Spenden helfen.

Ein weiterer Referent der Tagung war Gerhard Rossmannith von der Bingenheimer Saatgut AG. „Züchtung ist ein Teil der Landwirtschaft. Ohne Züchtung und Selektion wäre keine einzige Kulturpflanze der Menschheit entstanden“, so Rossmannith. Durch das deutliche Heraustreten der Züchtung aus der Landwirtschaft in spezialisierte Unternehmen und Firmenkonzentrationen sei nicht mehr der landwirtschaftliche Belang wesentliche Triebfeder, sondern der Unternehmensaspekt Gewinn, im Extrem bis hin zur Machtkonzentration. Dadurch stiegen die Einkommen einzelner Unternehmen, die Entwicklung des gesamten Saatgutmarkts aber werde durch die Machtkonzentration erschwert. So stellte die Bingenheimer Saatgut AG 2004 fest, dass es schwierig war, an Blumenkohl-Saatgut von Linienarten zu kommen. Die großen Züchter hatten auf

Euro unterstützt werden. Zusätzlich kamen im Jahr 2010 bei „Alnatura“ und der Drogeriekette Buchnikowsky, die das Alnatura-sortiment auch vertreibt, insgesamt 35.000 Euro an Spendengeldern zusammen.

Dadurch, resümierte Rossmannith, sei ein sehr wichtiger Beitrag geleistet worden, damit die Bingenheimer Saatgut AG überleben konnte. Man müsse die Menschen ansprechen, einbeziehen und ihnen die Wichtigkeit der Zucht nahebringen. Nur dadurch sei der Erhalt unserer Vielfalt zu schützen. 12 Millionen Euro gibt das Bundesforschungsministerium momentan für Biotechnologie in der Pflanzenzüchtung aus. Der Betrag soll im Herbst diesen Jahres auf 85 Millionen Euro aufgestockt werden, um dann im nächsten Jahr auf 140 Millionen Euro festgesetzt zu werden. Dieses Geld müsste stattdessen zum größten Teil an die Züchter von Linien-, Land- und Erhaltungssorten vergeben werden. Der Erhalt der Biodiversität muss auch ein Anliegen des Staates sein!

Gerhard Portz



Saat-Gespräche in Berlin

Im Vorfeld der Saatgut-Fachtagung am 6.10.10 in Berlin hat der Sprecherrat der IG Nachbau unter Leitung von Geschäftsführer Georg Janßen die Chance genutzt, um mit wichtigen Agrarexperten der Bundestagsparteien Gespräche über die Themen Gentechnik, Patente und über die Saatgut-Nachbauregelung zu führen. Die Abgeordneten Bleser und von der Marwitz (CDU/CSU), Priemeier und Drobinski-Weiß (SPD) sowie Höfken und Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) wurden von den Sprechern mit klaren Positionen konfrontiert: Die Reinheit des Saatguts muss erhalten bleiben – keine Kontamination durch Gentechnik. Keine Patentierung von Pflanzen und Tieren. Das uneingeschränkte Recht auf Nachbau muss wieder hergestellt werden. In den zum Teil sehr lebhaften Debatten fanden die IG-Nachbau-Vertreter Zustimmung zu einzelnen Fragen quer durch die Parteien. Eine Verschärfung des Nachbaurechts zu Lasten der Bauern wurde parteiübergreifend abgelehnt. gj

Glyphosat und Roundup – weiterhin in der Diskussion

Neue Untersuchungen zeigen, dass die Pestizide die Embryonalentwicklung stören und zu Geburtsfehlern führen

Die Meldungen über negative gesundheitliche Effekte von Glyphosat, dem Wirkstoff des Breitbandherbizids Roundup, häufen sich. Sie kommen in erster Linie aus Argentinien, einem Land, in dem auf 19 Millionen Hektar (entspricht über 50 Prozent der Ackerfläche), die gentechnisch veränderte, so genannte RoundupReady (RR)-Sojabohne, die gegen Glyphosat resistent ist, angebaut wird. 200 Millionen Liter glyphosathaltige Mittel werden pro Jahr dort ausgebracht – häufig aus der Luft. Der Sprühnebel gelangt dabei nicht nur auf die RR-Sojaflächen, sondern wird in einem größeren Umfeld verteilt. Flächen, Pflanzen und Tiere von Kleinbauern sowie Gewässer werden so mit glyphosathaltigen Her-

unterschiedlichen Konzentrationen von Glyphosat und verfolgten die Embryonalentwicklung mit molekularbiologischen Methoden. Selbst bei Konzentrationen, die 1/5000 eines kommerziellen glyphosathaltigen Herbizids entsprachen, beobachteten sie massive Störungen der Embryonalentwicklung von Kaulquappen und Küken (Paganelli et al. 2010). Die Missbildungen betrafen vor allem den Kopfbereich und das Nervensystem.

Die Forscher analysierten die mögliche Wirkungsweise von Glyphosat bzw. Roundup und fanden, dass das Herbizid eine für die normale Entwicklung von Wirbeltieren wichtige Signalkette stört und die Aktivität entscheidender Gene beeinträchtigt. Aus anderen Un-

Carrasco auf der Konferenz der gentechnikfreien Regionen vom 16. bis 18. September 2010 in Brüssel und Gent ausführte, stieg die Anzahl der Krebserkrankungen in Anbauregionen von RR-Soja um 300 Prozent und die von Missbildungen gar um 400 Prozent.

Argentinien diskutiert ein Verbot

Auch Fehlgeburten treten offenbar gehäuft auf. Die molekularen Mechanismen der Wirkung von Glyphosat sind zwar noch nicht im Detail bekannt, doch gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass das Mittel unter anderem die Zellteilung stört, den Zelltod herbeiführt und den Hormonhaushalt beeinträchtigt. Zudem steht Glyphosat im Verdacht, bestimmte Krebserkran-

von Glyphosat hinweisen, zu behindern. Die Autoren der Studie kommen zum Schluss, dass der Anbau von RR-Soja weder nachhaltig noch verantwortungsbewusst ist. Dies steht im Gegensatz zu den Darstellungen des Round Table on Responsible Soy (RTRS, Runder Tisch zum verantwortungsbewussten Sojaanbau), der von der einschlägigen Industrie mit Unterstützung des WWF 2005 ins Leben gerufen wurde. Laut WWF sollen über das RTRS-System der Regenwald und weitere besonders wertvolle Naturschutzflächen davor bewahrt werden, dem Sojaanbau zum Opfer zu fallen. Aus Industriesicht dürfte Ziel des Unterfangens sein, das stark angekratzte Image der gentechnisch veränderten RR-Soja zu verbessern, um die enormen Sojaimporte in kritische Märkte wie die EU nicht zu gefährden. Geplant ist, ab dem nächsten Jahr entsprechend gekennzeichnete, auch gentechnisch veränderte Sojaprodukte auf den (europäischen) Markt zu bringen.

Umweltverbände wie Friends of the Earth und Global Forest Coalition haben sich mit Verweis auf die gesundheitlichen, ökologischen und sozioökonomischen Risiken des RR-Systems gegen dieses RTRS Label als irreführend gewandt und sprechen von „Greenwashing“.

Marta Mertens

Studierte Biologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und am Reed College in Portland, Oregon (USA). Seit mehreren Jahren ist sie freiberuflich tätig als Gutachterin und Referentin im Bereich Biotechnologie – mit dem Schwerpunkt Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.



Sojaanbau kann man auch ökologisch betreiben. Ohne Glyphosat das Unkraut mit der Hacke beseitigen.

Foto: Schweißfurth-Stiftung

biziden belastet, die Menschen atmen die Mittel ein.

Gestörte Embryonalentwicklung

Seit längerem gibt es Berichte über gesundheitliche Probleme der Landbevölkerung in den betroffenen Gebieten. So wurden vermehrt Tot- und Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen beobachtet. Auch die Krebsraten sollen sich erhöht haben. Wissenschaftliche Untersuchungen der Arbeitsgruppe von Professor Andrés Carrasco an der Medizinischen Fakultät der Universität Buenos Aires stellten nun einen Zusammenhang zwischen diesen Beobachtungen und der Einwirkung von Glyphosat her. Professor Carrasco und sein Team behandelten Frosch- und Hühnereier mit

untersuchungen ist bekannt, dass ein Überschuss an Retinolsäure (ein Abkömmling von Vitamin A) zu charakteristischen Störungen der Embryonalentwicklung bei Versuchstieren und beim Menschen führt, die sich besonders im Kopf- und Hirnbereich auswirken. Wie Carrasco und sein Team zeigen konnten, stieg in den mit Glyphosat behandelten Embryonen die Retinolsäure-Aktivität stark an. Von einem kausalen Zusammenhang zwischen Glyphosat-Behandlung und Geburtsfehlern ist demzufolge auszugehen, zumal Glyphosat die menschliche Plazenta überwinden kann.

Insbesondere in Argentinien werden nun Forderungen nach einem Verbot von Glyphosat laut, denn wie Professor

kungen wie das Non-Hodgkin-Lymphom (Krebserkrankung des lymphatischen Systems) zu fördern und die Entstehung von Hauttumoren zu begünstigen.

Kein nachhaltiger Sojaanbau

Die sich immer weiter verdichtenden Belege für toxische Effekte von glyphosathaltigen Herbiziden werden in einer neuen wissenschaftlichen Studie zur RR-Soja zusammengetragen (Antonioni et al. 2010). Die Studie beleuchtet auch die negativen ökologischen und sozioökonomischen Wirkungen des RR-Sojaanbaus, einschließlich der Versuche durch die Industrie, Wissenschaftler, die auf die Risiken des Anbaus von Gentech-Pflanzen und des Einsatzes

Quellen:

Antonioni, M., Brack, P., Carrasco, A., Fagan, J., Habib, M., Kageyama, P., Leifert, C., Nodari, R.O., Pengue, W. 2010. GM soy. Sustainable? Responsible? Deutsche Lang- und Kurzfassung: http://www.gmwatch.eu/images/pdf/gmsoy_sust_respons_full_ger_v2.pdf. http://www.gmwatch.eu/images/pdf/gmsoy_sust_respons_summary_ger_v9.pdf.

Paganelli, A., Gnazzo, V., Acosta, H., López, S.L., Carrasco, A.E. 2010. Glyphosate-based herbicides produce teratogenic effects on vertebrates by impairing retinoic acid signaling. *Chem. Res. Toxicol.* doi 10.1021/tx1001749.



**Junge Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft**

2. Tagung der jungen AbL Junge Bäuerinnen und Bauern bilden sich ihre Zukunft

vom 18.11. - 19.11.2010 in Altenkirchen

Donnerstag, 18.11

17.00-18.30 Uhr Anreise, Anmeldung, Abendessen

18.30-20.00 Uhr Rundgespräch und Diskussion (mit kurzen Impulsen):

**Welche (politischen) Rahmenbedingungen wünschen sich
junge Bäuerinnen und Bauern für den Berufseinstieg?**

Anna Oberlerchner, DG AGRI; Birgitt Herz, ELER-Referentin RLP; Christian Vieth, hofgruender.de; Hans Schmeh (angefragt), kljb; Anneke Jostes, jAbL
Moderation: Claudia Leibrock, BAG ejl

20.30 Uhr Kulturprogramm und „Networking bis in den späten Abend“

Freitag, 19.11.

08.30-10.00 Uhr Vorstellung der Initiativen:
Struktur, Aktionen der letzten Zeit, weitere Arbeit

10.00-10.30 Uhr Kaffeepause

10.30-12.30 Uhr Aufbau von Organisationsstrukturen

12.30-13.30 Uhr Mittagessen

13.30-14.00 Uhr Gemeinsames Samba-Trommeln

14.00-16.00 Uhr Arbeitsgruppen (kurzer Impuls, danach Gesprächskreis)

1. Bildung in die Landwirtschaft, Claudia Leibrock, BAG ejl
2. Die Macht der Ernährungsindustrie, N.N.
3. Landgrabbing, Roman Herre, FIAN
4. GAP-Reform, Uli Jasper, AbL
5. Gentechnik, Phillip Brändle, jAbL

16.00-16.30 Uhr Kaffeepause

16.30-17.15 Uhr Kurzberichte der Arbeitsgruppen

17.15-17.30 Uhr Abschluss und Ende (dieser) Tagung

(im Anschluss findet die Herbst-Tagung und MV der AbL statt)

Anmeldung und Kontakt:

Julia Frenzel, Email:julef@care2.com, Mobil: 0152-28625363
Tagungsort: Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17,
57610 Altenkirchen/Westerwald
www.abl-ev.de/junge-abl



**Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

AbL-Tagung und Bundesmitglieder- versammlung

19. bis 21. November 2010

Freitag, den 19. November 2010

14 bis 15.00 Uhr AbL-Bauernblatt Verlags GmbH: Gesellschafterversammlung

15.00 Uhr Kaffee, Tee, Kuchen

15.45 Uhr bis 17.45 Uhr AbL-Bundesgeschäftsführung und AbL-

Landesvertretungen: Meinungsaustausch und Koordinierung der Aktivitäten
bis 17.45 Uhr Anreise und Anmeldung der Teilnehmer

17.45 bis 19.00 Uhr Gemeinsames Abendessen

19.00 Uhr Begrüßung AbL-Bundesvorstand, Podiumsdiskussion zum Thema

**„Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft
im Zeichen der EU-Agrarreform, der Finanzkrise und weltweiter
Spekulationen“**

Samstag, den 20. November 2010

9.00 bis 12.00 Uhr Diskussionsforen (s. letzte Ausgabe)

AbL-Bundesmitgliederversammlung

14.00 Uhr Berichte/Rechenschaftsberichte

Kurzbericht zum Verlag, Finanzbericht AbL e.V., Bericht der Kassenprüfung,
Geschäftsbericht AbL, Vorstandsbericht und agrarpolitischer Ausblick,
Kurzbeiträge von Landesvorständen, Junge AbL, Aussprache,
turnusmäßige Neuwahlen zum AbL-Bundesvorstand, Anträge

Ab ca 20.45 Uhr Gemütlicher kultureller Abend

Matthias Stührwoldt, Lesung, Stefi Clar, Harfe

Rahmen: Infotisch Verlag/AbL (Vera Thiel),

Fotoausstellung Mensch – Macht – Milch (Berit Thomsen)

Sonntag, den 21. November 2010

8.30 Uhr Andacht

9.00 bis 10.00 Uhr Frühstück, Abreise

Organisatorisches

Teilnehmerbeitrag vor Ort zu zahlen (inklusive Übernachtungen/Essen): 85,-€. Kinder bis 14 Jahre: frei (Kinderbetreuung). Gäste sind herzlich willkommen.
schriftliche Anmeldungen bitte bis zum 10. November 2010 an: AbL e.V., Uli Jasper, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/W. Tel.: 02381-9053-171 oder Fax: 02381-492221, oder an Georg Janßen, AbL - Bundesgeschäftsführer, Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131-407757, Fax: 04131-407758
Wegbeschreibung: Mit der Bahn von Norden: über Köln - Au/Sieg - Altenkirchen/Ww. Von Süden: über Frankfurt/Main - Limburg - Altenkirchen/Ww. Von Osten: über Gießen - Siegen - Betzdorf - Au/Sieg - Altenkirchen/Ww oder über Limburg - Altenkirchen/Ww.

Die Tagung führen wir zusammen mit der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum durch. Die AbL bedankt sich herzlich für die Unterstützung. Organisatorische Leitung: Georg Janßen und Uli Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung) Die AbL-MV und Tagung finden statt in der Ev. Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen. Tel.: 02681-95160, Fax: 02681-70206

Prinzessinnengärten – Grüne Oase mitten in Berlin

Mobile Landwirtschaft im Herzen der riesigen Metropole

Interview mit Robert Shaw, einem der drei Initiatoren der Prinzessinnengärten am Moritzplatz in Berlin Kreuzberg.

Unabhängige Bauernstimme: Hallo Robert Shaw. Was bringt Ihr als neue „Stadtgärtner“ für eine Ausbildung mit, um auf 6.000 m² Gemüse inmitten Berlins anzubauen?

Robert Shaw: Wir sind zwei Geschäftsführer, Marco Clausen ist Historiker und betreibt hauptsächlich unser Cafe im Garten. Ich bin Dokumentarfilmer, habe aber in Urzeiten Friedhofsgärtner gelernt. Das Gärtnern müssen wir von Grund auf lernen. Doch wir schaffen die ganze Arbeit gar nicht selber. Insgesamt haben wir drei feste Arbeitsplätze mit dem Projekt geschaffen. Unser Ansatz ist, dass die Nachbarn in unserem Garten mitarbeiten. Wir würden das alleine gar nicht schaffen.

Ansatz. Es gibt die gärtnerische Komponente: eine Vielzahl von Kulturen anzubauen, und die Gesundheitskomponente: ökologische Lebensmittel einer breiten Bevölkerungsschicht zur Verfügung zu stellen. Wir sind aber auch ein sozialer und pädagogischer Ort. Hier kann jeder etwas dazu lernen; was das Gärtnern angeht, sowie mit anderen Menschen zusammen zu arbeiten. Hier kommen die verschiedenen Schichten der Gesellschaften zusammen und müssen sich abstimmen. Wir wollen aber auch zeigen, dass unser Ansatz ökonomisch funktioniert. Deswegen nehmen wir keine institutionellen Fördergelder an.

Was bedeutet Mobile Landwirtschaft?

Wir sind hier auf einem Spekulationsgrundstück, für das wir 2.300 € Pacht jeden Monat bezahlen und das uns mit

sten Jahr. Am Ende des Jahres wird abgerechnet. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir gut weitermachen können.

Seht Ihr Euer Projekt als Beitrag zur Ernährungssouveränität?

Es soll die Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Strukturen zeigen. Menschen sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie sich selber mit Lebensmitteln versorgen können. Natürlich ist das nicht der optimale Ort, das auf einer 6.000 m² Fläche auf dem Moritzplatz in Kreuzberg, mit einem erwarteten Verkaufswert von 8 Mio. Euro, zu machen. Doch geben wir ein Beispiel, wie es gehen kann. Weiter zeigen wir den Leuten auch praktikable, preisgünstige Möglichkeiten, wie sie beispielsweise in vertikalem Anbau: beispielsweise an ihrer Hausfassade oder in Blumenkästen Gemüse anbauen können. So, haben wir errechnet, kann sich jeder bis zu 1,2 m² Anbaufläche an seinen Fenstern schaffen.

Was sind noch wirtschaftlich sinnvolle Plätze in einer Stadt, um Gemüse zu erzeugen?

Im Stadtzentrum kann man beispielsweise auf Dachgärten sehr einfach selber gesunde Lebensmittel erzeugen. Aber schon in Marzahn, einem Vorort in Ostberlin sieht es schon anders aus. Dort stehen zwischen den Plattenbauten so viele Brachflächen zur Verfügung, dass sie beispielsweise als Weideland genutzt werden könnten. In Kuba sind die Stadtgärten für die Familien mittlerweile eine ökonomisch wichtige Komponente.

Jetzt mal zu den gärtnerischen Komponenten. Wie sind die Erträge?

60 Prozent der Pflanzen kommen in unseren Kompostbeeten gut. Da haben wir auch beachtliche Erträge. Doch wir haben einen partizipativen Ansatz. Im letzten Jahr haben hier 400 Leute gegärtnert. Davon haben bestimmt vorher 380 noch nie in einem Garten gearbeitet. Unser Ansatz ist, dass Kinder wissen, dass Karotten nicht in Plastik-Tüten wachsen. Wir lernen da alle dazu. Wir haben aber auch erfahrene GärtnerInnen, wie beispielsweise eine Frau aus Russland, die uns als Expertin mit Rat und Tat zur Seite steht. Doch der höchste Ertrag ist erstmal nicht unser allererstes Ziel.

Wie vermarktet Ihr Eure Produkte?

Ein Großteil ist Laufkundschaft, die via Selbsternte sich in den Beeten bedient und das Gemüse an der Kasse wiegen lässt. Dann haben wir noch Restaurants, die an unseren alten Sorten und Wildkräutern großes Interesse haben. Da wird der Küchenlehrling geschickt und erntet, was er braucht. Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen haben ihre eigenen Beete und bewirtschaften die auch selbstständig. Sie zahlen natürlich nix. Teilweise wird Gemüse auch am Cafe angeboten und dort von den Besuchern mitgenommen. Mitarbeiter zahlen für alles 50 Prozent.

Das Thema Saatgut hat bei Euch eine große Bedeutung. Was sind da Eure Ansätze?

Ich spreche immer von zwei Zielen und drei Saatgut-Quellen. Unsere Ziele sind, den Leuten zu zeigen, die Supermarkt-Palette an Karotten etc. kann ich selber auch anbauen. Daneben wollen wir aber auch zeigen: Es gibt noch eine Vielzahl an anderen Sorten mit verschiedenen Geschmäckern und Herkünften. Also haben wir als Quellen, neben herkömmlichen Bio-Saatgut-Herstellern, natürlich Samen aus Saatgut-Initiativen. Viele Samen stammen auch von unseren Nachbarn, die bringen sie oft aus ihren Heimatländern, z.B. Türkei und Ukraine, mit.

Was ist Deine persönliche Perspektive?

Ich für mich persönlich kann mir vorstellen noch weitere zehn Jahre „Stadtgärtner“ zu sein. Es tun sich immer neue Projekte hier in den Prinzessinnengärten auf und wir sind ja noch ganz am Anfang.

Was passiert, wenn der Tag X ansteht und Ihr den Moritzplatz verlassen müsst?

Wir haben schon eine Firma mit Tief ladern, die uns angeboten hat, unsere Beete weiter zu transportieren. Da finden wir bestimmt wieder einen neuen Platz.

Danke für das interessante Gespräch. Ich wünsche Euch viel Erfolg für die Prinzessinnengärten und dass Ihr viele Nachahmer findet.

Jochen Fritz
AbL-Landesverband
Baden-Württemberg

Weitere Informationen:

www.prinzessinnengarten.net



Mitten in Berlin ein Garten voller Pflanzen in Säcken und Kisten. Jederzeit zum Umzug bereit.

Foto: Shaw

Wie kommt man dazu, inmitten von Berlin eine „Mobile Landwirtschaft“ zu eröffnen?

Früher bin ich als Dokumentarfilmer viel in der Welt herum gekommen. Doch ich habe mir immer eine Beschäftigung gewünscht, bei der ich meinen dreijährigen Sohn betreuen kann und parallel mit Bekannten zusammen etwas Sinnvolles machen kann. Da habe ich mich an die „Urban Garden“ erinnert, die ich in Kuba kennen gelernt habe. Dort habe ich für zwei Jahre gelebt und die Stadtgärten als sehr kommunikative und kreative Orte kennen gelernt.

Als was seht Ihr Euer Projekt Prinzessinnengärten? Was sind Eure Ansätze?

Wir haben einen mehrdimensionalen

einer dreimonatigen Frist jederzeit gekündigt werden kann. Deswegen haben wir alle unsere Pflanzen in Säcke, Töpfe etc. gepflanzt, damit wir jederzeit an einen anderen Ort umziehen können. Natürliche hat das auch einen kreativen Charakter, wir wollen zusammen mit den umliegenden Nachbarn einen Ort gestalten.

2.300 € Pacht sind kein Pappenstiel, wie finanziert Ihr die Prinzessinnengärten?

Unsere Einnahmen erwirtschaften wir aus unserem Cafe, dem Verkauf unseres Gemüses und aus Projektanträgen, die wir beispielsweise für unsere Schüler- und Integrationsprojekte beantragt haben. Weiter gibt es Menschen, die Patenschaften übernommen haben. Wir sind aber erst im er-

Landwirte gründen Verband

Handwerkliche Fleischverarbeitung von Landwirten braucht eine Lobby

Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung hatten bislang keine Lobby. Das soll sich nun ändern. Im März 2010 hat sich ein neuer Verband gegründet, der die Betriebe nicht nur über die Rechtslage informieren, sondern auch gegenüber dem Gesetzgeber ihre Interessen vertreten möchte.

Ihre Stimme fehlte bislang: Landwirte mit eigener Schlachtung und Fleischverarbeitung haben spezielle und selbst mit Metzgereien nur eingeschränkt vergleichbare Bedingungen in ihren Schlacht- und Zerlegebetrieben. Wie sehr die Rechtslage auf ihre Belange hin interpretiert werden musste, zeigte sich bei der in den letzten beiden Jahren vollzogenen Umsetzung der EU-Hygienevorschriften. Viele Betriebsleiter wollten aus Angst vor behördlichen Auflagen und Anforderungen kapitulieren und aufgeben. Dabei sind gerade diese Betriebe für den ländlichen Raum und die direkte Vermarktung von Fleisch- und Fleischprodukten so immens wichtig. Schafhalter und Mutterkuhhalter, die das Grünland pflegen und sich durch die Fleischdirektvermarktung ein Einkommen erwirtschaften können, kleine Schweinemastbetriebe, die regionale Wurstspezialitäten herstellen, lokale Schlachtstätten, die den Tieren weite und stressige Wege ersparen und den Verbrauchern Transparenz und gute Lebensmittelqualitäten ermöglichen, sind die Gründungsmitglieder des neuen Verbandes. Bei den Anhörungen im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren, bei der Aus-

mittelkontrollen übernehmen müssen. „Ein entsprechender Vorschlag aus Schleswig-Holstein, geht eindeutig wieder einmal zu Lasten der kleinen Erzeuger und Verarbeiter“, meint der vlhf-Vorsitzende Hans-Jürgen Müller aus Witzenhausen.

Der neue Verband ist aus einem Forschungs- und Beratungsprojekt (gefördert aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau) hervorgegangen, das genau dieser Betriebsgruppe Hilfestellungen, durch Informationen und Beratung, auf ihrem Weg zur EU-Zulassung gegeben hat. Eine Erfahrung hat die beiden Gründer des Verbandes, Hans-Jürgen Müller und Andrea Fink-Keßler, besonders bestärkt bei diesem Vorhaben: Es braucht nicht nur Information über die Rechtslage, sondern auch unabhängige Ansprechpartner für die Betriebe, um die schwierigen und neuen Aushandlungsprozesse mit der Behörde besser zu bestehen und Entscheidungen auch zu ihren Gunsten beeinflussen zu können. Die Begleitung dieser Umsetzungsprozesse der EU-Hygienevorschriften hat jedoch erkennen lassen, dass das Fleischhandwerk sich weiterentwickeln muss, um auch künftig die gesellschaftlichen Wünsche nach Lebensmittelsicherheit und Qualität erfüllen zu können. Mit Seminaren und Weiterbildungsmaßnahmen wird der Verband diese Themen aufgreifen. Tierschutzgerechtes Betäuben und Schlachten – wie es die neue EU-Tierschutzschlachtverordnung fordert, wird ein erstes Thema sein.

Andrea Fink-Kessler / Hans-Jürgen Müller



Für eine bäuerlicher Produktion

Foto: Schniz/pixelio

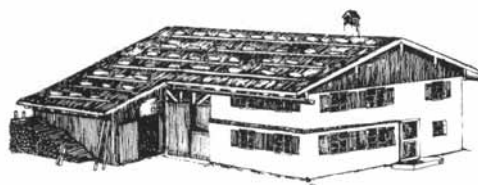
handlung angemessener Verfahrensweisen – wie beispielsweise der Festlegung der Anzahl mikrobieller Kontrollen (ein immer noch offener und mit ordentlichen Kosten verbundener Punkt!) – fehlte bisher ihre Stimme. Diese Lücke will der im März 2010 in Nordhessen gegründete und bundesweit tätige Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung (Schwerpunkt ökologische Erzeugung) – vlhf – nun schließen. Bei einer Anhörung im Landtag Schleswig-Holstein im September war er bereits dabei, um angesichts der aus der Begehrlichkeiten leerer Staatskassen erwachsenen Forderung nach Kostenübernahme für die Lebensmittelkontrolle durch Betriebe die Interessen der ländlichen Fleischhandwerker zu vertreten, die ohnehin mit neuen und kostenaufwendigen Eigenkontroll-Anforderungen aus dem gesamten EU-Zulassungsprozess herausgegangen sind. Der vlhf setzt sich dafür ein, dass die Betriebe nicht auch noch die Kosten für die stichprobenartig durchgeführten Lebens-

Wer sich informieren möchte sei auf die Web-Site verwiesen: www.biofleischhandwerk.de. Persönlicher Ansprechpartner des vlhf sind Hans-Jürgen Müller vom Gut Fahrenbach (bei Witzenhausen), selbst Fleischdirektvermarkter (mueller@gutfahrenbach.de) und die Geschäftsstelle, die dem Büro für Agrar- und Regionalentwicklung in Kassel angegliedert ist (Tel.: 0561-81642576 bzw. info@biofleischhandwerk.de).

Betriebshilfe...

Nach einer zweijährigen Lehre zum Landwirt, fernab meiner bayerischen Heimat im hohen Norden, tingelte ich zusammen mit meinem getreuen Gefährten Mex noch fast ein weiteres Jahr auf norddeutschen demeter Höfen als Betriebshelfer

herum. Viel lernen durfte ich während meiner Lehre auf zwei tollen Ausbildungsbetrieben sowie natürlich während der Zeit als Betriebshelfer, die mich mit vielen Höfen, Menschen, Problemen und Schwierigkeiten, aber unglaublich bereichernden Erfahrungen konfrontierte, die ich unter keinen



....aus Bayern

Umständen missen möchte. Jeder Hof ist anders, die Menschen, die dort leben und arbeiten sowieso, der Standort der 17er, 19er und 24er Schlüssel erschließt sich meist erst nach gründlichem Durchforsten der Werkstatt, andere unentbehrliche Werkzeuge für den Bauern von heute (Isolierband, Draht, Pressgarn...) hatte ich vorsorglich immer in meiner Werkzeugkiste dabei und manchmal stieß ich sogar auf die ein oder andere gefüllte(!) Fettpresse bei der Suche nach Flex, Splintern oder Kabeltrommeln. Wie gesagt, ich hab` viel gelernt und in Gesprächen mit den Menschen auf den Höfen konnte ich herausfinden, dass den Bauernstand heute viele Probleme und Sorgen quälen, dass die Subventionen der EU unerlässlich sind, dass das Unwort „Burnout“ nicht nur Manager und Politiker quält, sondern in einem der schönsten Berufe dieser Welt Eingang gefunden hat: In die Arbeit mit Tieren, wie Rind, Schwein und Schaf, die uns soviel geben und sowenig dafür verlangen, in die Arbeit mit dem wichtigsten Gut, das wir besitzen, dem fruchtbaren Boden, und in die Arbeit, die hinter jeder Kartoffelknolle oder Möhrenwurzel, hinter jedem Brot oder hinter jedem (echten) Stück Käse steckt. Diese Arbeit will keiner mehr bezahlen, Lebensmittel müssen billig sein, müssen die perfekte Farbe und Form haben, auf Hochglanz poliert, da fallen Attribute wie Geschmack oder Herkunft schnell durchs grobschichtige Netz des schnellen Profits. Aber wie beim Menschen liegen die Dinge, auf die es ankommt, auch bei den Lebensmitteln im Inneren und nicht im Äußeren, aber wie bei den Lebensmitteln kommt es auch bei den Menschen immer mehr auf die Oberflächlichkeiten an, niemand hat mehr Zeit, in die Tiefe zu gehen – unsere Zeit besticht durch schneller, härter, lauter und „Geiz ist geil“-Mentalität. Umso schöner, dass es da immer noch ein paar Menschen irgendwo auf irgendwelchen Bauernhöfen gibt, die sich gegen Strömungen wie Übernehmen der Kostenführerschaft im Bereich der Mastschweineerzeugung oder großflächigen Anbau von Silomais zur Schaffung einer WinWin Situation für Klima und Landwirt zur Wehr setzen und das Jahr der Biodiversität nicht nur heuer feiern, sondern schon vor achtzig, vierzig oder zwanzig Jahren wussten, worauf es wirklich ankommt...

Ein Bauer (25 Jahre) erzählt ...

„Wir kaufen uns den Schneid zurück!“

1.000 Seiten KTBL-Faustzahlen

Die 14. Auflage des Klassikers „Faustzahlen für die Landwirtschaft“ des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) bietet auf stattlichen 1.180 Seiten wichtige Zahlen, Fakten und Grafiken zu allen Produktionsbereichen, Direktvermarktung, Umwelt, Betriebswirtschaft und Agrarstatistik. 30 Euro.

Vertrieb: KTBL, Bartenningstr. 49, 64289 Darmstadt, 06151-7001-0
Fax: -123, ktbl@ktbl.de

Eier und Geflügel

Die neue branchennahe Marktbilanz Eier und Geflügel 2010 enthält viele Kommentare, Zeitreihen, Tabellen und Grafiken zu den Produktions-, Struktur- und Marktdaten in Deutschland, EU und der Welt. Eine wichtige Einschätzungs- und Diskussionsgrundlage nicht nur für Erzeuger, sondern auch für die Debatte um Entwicklung und Zukunft agrarindustrieller Geflügel-Anlagen. en

MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2010, Margit M. Beck, 2010, 210 S., Ulmer-Verlag, Tel. 0711-4507-0, Fax: -120, 96,20 Euro.

Blutmilch“, der Titel des Buches, milchweiße Schrift auf blutrottem Einband, lässt vorschnell vermuten, dass wieder einmal Kommissar Klüftinger in einem Allgäu-Krimi ermittelt. Zwar handelt dieses Buch auch von Tätern und Opfern, von Macht und Habgier, von Gerechtigkeit und Verantwortung, der Autor ist jedoch Romuald Schaber, der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter BDM e.V. und Präsident des European Milk Board (EMB).

Eingebunden in Heimat und Herkunft schildert der Milchbauer aus dem Allgäu zwischen Biographie und Dokumentation seinen und den Kampf seiner Mitbauern um einen gerechten Milchpreis für Erzeuger. Dem Buch voran steht seine Erkenntnis: „Ihr werdet eure Heimat nicht mehr wiedererkennen, wenn uns skrupellose Profiteure erst vernichtet haben.“

Weit entfernt von bäuerlicher Nostalgie, nicht zuletzt durch die Darstellungen der Anstrengungen der Bauern, mit ökonomischen Entwicklungen Schritt zu halten, führt der Autor den Leser in die Machtzentralen der Milchindustrie und beschreibt die Hilflosigkeit, oft genug auch Böswilligkeit der mit ihr kooperierenden staatlichen und berufsständischen Agrarpolitik. Romuald Schaber setzt dagegen: „Niemand zwingt uns, mit der Lebensmittelproduktion Monopoly zu spielen.“ Der Autor

und seine Mitstreiter im BDM wollen sich nicht gegen den Markt stellen. Im Gegenteil. Sie wollen sich dem Markt stellen durch den Zusammenschluss freier Bauern, um mit der nachgelagerten Verarbeitungsindustrie auf Augenhöhe zu verhandeln. Sie wollen nicht auf Subventionen angewiesen sein, die immer den Charakter von Almosen oder Beruhigungsmaßnahmen haben. Der Aufruf „Steh auf, wenn Du ein Bauer bist!“ mündet nicht nur in einen Aufstand gegen die Interessen der Milchindustrie und Sackgassen nationaler und europäischer Agrarpolitik, sondern es werden ausführlich die Initiativen und Ziele des BDM und des Milk Board von einer notwendigen Mengenregulierung bis zur Einführung der „Fairen Milch“ dargestellt. Dabei

geht es nicht nur um die Durchsetzung bäuerlicher Interessen, sondern das Engagement führt in eine gesellschaftliche Mitte durch Widerstand gegen Gentechnik und Umweltzerstörung, gegen Import von Futtermitteln und Export von Überschüssen in Entwicklungsländer und gegen das damit verbundene unsolidarische Verhalten gegenüber den Bauern, die dort ums Überleben kämpfen. Der Kampf der Milchbauern gegen eine Liberalisierung ihres Marktes und gegen die damit verbundenen Industrieinteressen steht in einem gesellschaftlichen Diskurs über die Ausgestaltung einer sozialen Marktwirtschaft. Die in Politik und Wirtschaft weit verbreitete Annahme, dass das freie Spiel der Marktkräfte durch

Eingriffe nicht gestört werden darf, gefährdet zunehmend den gesellschaftlichen Konsens. Damit trifft der BDM die Erkenntnis des Nationalökonom Wilhelm Röpke: „Die marktwirtschaftliche Ordnung allein beruht auf Voraussetzungen, die sie nicht selbst erzeugen kann.“ So begegnet der Kampf der Milchbauern den Lehren, die sich aus der aktuellen Finanzkrise ergeben. Mit der Feststellung „wenn Liberalisierung zum Tod führt, sollte man es ja lieber anders versuchen“ wird Sietta van Keimpema aus Holland (EMB) zitiert. Das derzeitige ist „ein Wirtschaftssystem, das Überschüsse und Hunger gleichzeitig produziert und sich das auch noch vom Staat bezahlen lässt“, das ist eine der Kernthesen des Buches.

Es wird deutlich, dass der Weg in eine Neugestaltung der Milchmarktverhältnisse kein Spaziergang, sondern Kampf bedeutet. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist die bedeutendste Aussage der neuzeitlichen Agrargeschichte: „Ich lasse ab morgen meine Milch zuhause.“ Romuald Schaber sagte das auf einer großen Kundgebung. Die Bauern antworteten: „Jetzt geht's los!“ und öffneten die Hähne ihrer Milchtanks.

Ein lesenswertes Buch für Milchbäuerinnen und -bauern, sowohl für die, die mitgekämpft haben, als auch für die, die aus verschiedenen Gründen noch abseits stehen, für Bauern mit anderen landwirtschaftlichen Betriebszweigen und ähnlichen Marktverhältnissen und für alle Interessierten, die den Kampf um einen gerechten Milchmarkt besser verstehen wollen.

Günther Völker
„Blutmilch“, Romuald Schaber, Pattloch Verlag, 280 Seiten, 18 Euro, ISBN: 978-3-629-02273-8



Ein Milchbauer aus Frankreich

Foto: Dott

„Mensch, Macht, Milch“

Ausstellung eröffnet

Laurens van Bavel, Milchbauer in Holland, lehnt an seinem Trecker und sagt: „Ich habe voll auf Wachstum gesetzt und alle Kosten reduziert. Trotzdem reicht der Milchpreis nicht.“ Neben ihm steht Djenèba Cisse vor ihrer Hütte im afrikanischen Land Burkina Faso und verkündet: „Die 12 Liter Milch unserer vier Kühe ernähren meine Familie.“ Diese Milchbetriebe werden in der Fotoausstellung „Mensch Macht Milch – EU-Agrarpolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd. Auswirkungen und Perspektiven“ porträtiert.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch sind Herausgeber der Ausstellung und haben diese am 4. Oktober in Berlin eröffnet. Ein Gemeinschaftsprojekt der Herausgeber und der Partner Brot für die Welt, Misereor, Bundesverband Deutscher Milchviehalter

(BDM) und European Milk Board (EMB). Der Hamburger Fotograf Fred Dott hat das Leben und die Arbeit von acht Milchherzeugern in Deutschland, Frankreich, Holland und Burkina Faso mit der Kamera festgehalten. In einem Flyer und einem 70 Seiten starken Katalog zur Ausstellung sind die Hintergründe der Betriebe, aber auch der Politik dokumentiert. Schirmherrin der Ausstellung ist Fernsehköchin Sarah Wiener.

Die Ausstellung wandert seit der Eröffnung durch Deutschland und wird an verschiedenen Orten gezeigt. Es sind noch Termine im Jahr 2011 frei und die Ausstellung kann gegen die Übernahme der Transportgebühren ausgeliehen werden. bet

Nähere Infos: Berit Thomsen, thomsen@abl-ev.de, Tel: 02381-9053172
www.abl-ev.de/themen/mensch-macht-milch

Lieselotte bleibt wach

Wir haben es uns fast gedacht: Wenn nachts der Mond über dem kleinen, bäuerlichen Anwesen unserer Träume wacht, die glücklichen Schweine in ihrem Unterstand gemütlich im weichen Gras schlafen, der kleine Trecker auf seinen nächsten Einsatz wartet..., während also der ganze Hof in das neblige Blau-Grau der Nacht gehüllt ist, leuchtet im Kuhstall noch Licht. Dort wohnt Lieselotte, die einzige Kuh auf dem kleinen Hof unserer Träume, Heldin vieler vorangegangener Abenteuer: Lieselotte lauert, Lieselotte im Schnee, Lieselotte sucht einen Schatz. Und Lieselotte kann nicht schlafen, obwohl die Bäuerin allen Tieren wie jeden Abend im Kuhstall mit viel Hingabe eine Gutenachtgeschichte vorgelesen hat. Also probiert Lieselotte bewährte Einschlaftricks wie: dicke Wollsocken anziehen, ein warmes Bad nehmen ..., doch vergeblich. Das bringt Lieselotte schließlich auf die Idee. Schäfchen zählen! Die gibt es auf dem kleinen Hof zwar gar nicht, aber dafür eine Ziege und ein kleines Pony, die sie zählen kann. So macht sich Lieselotte also auf zum Ziegenstall und löst damit wie ein kleiner Funke, wir ahnen es schon, eine Aufwachreaktionskette auf dem Hof aus, so dass schließlich Licht aus jedem Fenster scheint einschließlich der Vogelkästen und des Schornsteins. Die Hühner grillen Popcorn am Lagerfeuer und die Bäuerin macht sich

einen Tee, während sie mit dem Postboten telefoniert. Aber wie es dazu kommt, das muss man selber nachlesen in dem neuen Bilderbuch zu Lieselotte, das Alexander Steffensmeier wieder mit viel Liebe zum Detail gezeichnet hat. Neben der eigentlichen Gutenachtgeschichte mit ihrer Pointe lassen sich auf den teilweise doppelseitigen Wimmelbildern eine Vielzahl weiterer Geschichten am Rand entdecken. Ein traumhaft schönes Buch für kleine und große Leute, die noch nicht schlafen wollen. *we*

Alexander Steffensmeier: *Lieselotte bleibt wach*, Bilderbuch ab 4 Jahren, gebunden, 32 S., Format 30,9 x 23,7 cm, ISBN 978-3-7941-5252-0, 14,95 €. Zu beziehen über den ABL Verlag.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2010 2009 2008 2007 2006 2005 2004
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 € Neu!
.... Expl. AbL-Kalender 2011	Stückpreis 12,50 € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Tödliche Geschäfte im Paradies

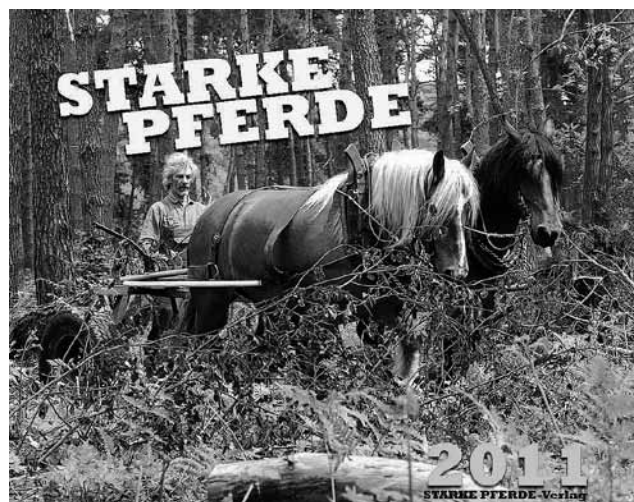
Ein Bauer wird erschlagen in seinem Kuhstall gefunden. Steht die Tat im Zusammenhang mit der geplanten Schweinemastanlage in der Nähe von Lychen, gegen die sich massiver Widerstand formiert? Immerhin wollte der Bauer seinen Hof an jenen holländischen Investor verkaufen, der die Tierfabrik bauen will. Bei ihren Ermittlungen erwarten die Kommissare Karla Loewe und Sven Teichmann einige alte und neue persönliche Verwicklungen, die sie an ihre Grenzen und nicht zuletzt sogar in höchste Gefahr bringen. Ein spannender, politisch aktueller Umweltkrimi, der humorvoll, mit Liebe zum Detail und mit einer Prise Romantik auch die Schönheit der uckermärkischen Landschaft widerspiegelt. Nach „Mordfall im Paradies“ lässt die Autorin das beliebte Ermittlerteam nun ein zweites Mal in der Sieben-Seen-Stadt Lychen ermitteln. *gj*

ISBN: 978-3-86805-749-2, www.book-on-demand.de

Starke Pferde Kalender

Der Kalender für alle Liebhaber der „Dickens“! Die Bilder zeigen Kaltblutpferde bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch bei Veranstaltungen und auf der Weide. Von der Noriker Stute mit ihren Zwillingen beim ersten Weidegang, über Moritzburger Landbeschäler bei ihren winterlichen Vorbereitungen auf die Hengstpräsentation, ein Tross auf alten Säumerpfaden durch die Alpen bis zu landwirtschaftlichen Vorführungen – Motive, nach denen man sonst lange suchen muss, in einem Kalender vereint. *ch*

Starke Pferde 2011, Erhard Schroll, Starke Pferde-Verlag, 14 Farbphotos im Großformat mit erläuterndem Text, Ringbindung, Maße aufgeklappt: 30,5 x 48 cm, 15 Euro, zu beziehen über den ABL Verlag



Bioaerosole und Gesundheit

Ein höchstaktuelles Thema, vor allem im Zusammenhang mit Agrarfabriken, sind die gesundheitlichen Gefahren durch Bioaerosole – also „mit der Luft transportierten Organismen, Teilen von lebenden oder abgestorbenen Organismen und auch gasförmigen Luftverunreinigungen biotischen Ursprungs“. Das vorliegende Buch beschreibt diese Luftinhaltsstoffe, die Ermittlung der Betroffenheiten, die gesundheitlichen Risiken sowie die Konsequenzen für Bauen, Wohnen und Arbeit. VDI-Richtlinien zu den Auswirkungen von Agrarfabriken sind erst in Arbeit, statistisch abgesicherte Untersuchungen gibt es bisher kaum: Eine Süddolnburger Erhebung im Jahre 1991/92 ergab Hinweise auf mögliche Zusammenhänge zwischen kindlichem Asthma und Emissionen aus Ställen. Die NiLS-Lungen-Studie (2000) fand bei Erwachsenen, die 500 Meter entfernt von zahlreichen Ställen wohnten, überproportional oft asthmatische Atemgeräusche und Einschränkungen der Lungenfunktion. Die AABEL-Studie (2000) ergab bei Kindern anfälliger Eltern eine überdurchschnittliche Häufung von Asthma. *en*

Wolfgang Mücke/Christa Lemmen, *Bioaerosole und Gesundheit, Wirkungen biologischer Luftinhaltsstoffe und praktische Konsequenzen*, 240 S., 2008 ecomed MEDIZIN, HJR-Verlagsgruppe, Landsberg/Lech, 49 Euro, www.ecomed-MEDIZIN.de

(Klein) Anzeigen

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Produkte für Boden, Pflanze, Tier und Mensch. Z.B. Lieferung von Hunde- und Katzennahrung im ganzen Bundesgebiet, nach Österreich und Holland. Infos und Bestellannahme: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de


Hof und Arbeit

● Bio-Bauernfamilie sucht Hof zu pachten oder Einstieg in Hofgemeinschaft oder Menschen zur Gründung einer Hofgemeinschaft. Raum Süd-D. ☎0174-239367, E-Mail: pferdefuhr@gmx.de

Sonstiges

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Sortenliste unter: www.pflanzlust.de, Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635

BodenLos
 Wem gehört das Land?
 Wer hat Zugang?
 Wie schützen wir es vor Spekulanten?
 Konferenz am 12./13.11.2010
 im Deutschen Bundestag
 Informationen und Anmeldung:
 bodenlos@gruene-bundestag.de, T. 030/227 71870,
 »gruene-bundestag.de« Termine


**BÜNDNIS 90
 DIE GRÜNEN**
 BUNDESTAGSFRAKTION

■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Die Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen sucht zum 01. Februar 2011

eine Agrarreferentin / einen Agrarreferenten

Sie/Er soll gemeinsam mit dem Team der Evangelischen Landjugendakademie Seminare und Fortbildungen zu folgenden Themenfeldern anbieten:

- Agrarpolitik (national und international)
- Entwicklung ländlicher Räume
- Nachhaltige Landbewirtschaftung
- Agro-Gentechnik, Biopatentierung und Saatgutsicherung
- Schöpfungsverantwortung im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft

Wir suchen eine Person, die diese Themen auch für Jugendliche aufbereiten kann. Zum Aufgabenfeld gehört Gremientätigkeit und die Außenvertretung der Evangelischen Landjugendakademie im agrarpolitischen und verbandlichen Bereich.

Wir erwarten

- einen agrarwissenschaftlichen Studienabschluss,
- pädagogische und methodische Fähigkeiten,
- breite Kenntnisse der europäischen und nationalen Agrarpolitik sowie der Agrarumweltpolitik,
- Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche.

Die Vergütung erfolgt nach TvöD/DVO EKD.
 Die Stelle ist zunächst auf drei Jahre begrenzt.

Bewerbungen sind zu richten bis zum 18. Januar 2011 an:

Direktorin Anke Kreuzt
 Evangelische Landjugendakademie
 Dieperzbergweg 13 – 17
 57610 Altenkirchen
 Tel.: 02681/9516-21
 E-Mail: info@lja.de

Veranstaltungen

Nie wieder Weltmeister?!

05. und 06. November 2010, Berlin
 Wie kann in Nord und Süd eine Abkehr vom Exportwahn aussehen? Als breites Spektrum von Gewerkschaften, Globalisierungskritikern, Bauern-, Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen diskutieren wir Zusammenhänge und suchen gemeinsam mit internationalen Gästen nach Alternativen.
 Anmeldung: viola.dannenmaier@power-shift.de, ☎ 030 2759-6644, Fax: -6928

Großdemo gegen Atom

06. November 2010, Dannenberg
 Programm siehe Seite 8

200 Jahre Bauernbefreiung

07. November 2010, 10:30 Uhr Museum Abtei Liesborn
 Anmeldung: Regina Selhorst, Tel: 02599/650, r.selhorst@gmx.de

Vo(r)m Standesamt zum Notar

10. November 2010, Hohebuch
 Das Evang. Bauernwerk in Württemberg und der Landfrauenverband Württemberg-Baden veranstalten ein Seminar für junge Paare zu Ehevertrag und Landwirtschaft. Unter der Leitung von Veronika Grossbacher und Beate Arman referieren der Steuerberater Bernd Meyer zu Berstenhorst sowie der Rechtsanwalt Jens Keller zu Ehevertrag, Gütergemeinschaft, Vermögensrechtliche Konsequenzen, Güterstände und Erbrecht.

Anmeldung bis 5. November an: Evang. Bauernwerk, Frau Scherer, ☎07942 10774, Fax: -77, A.Scherer@hohebuch.de

Subvention oder Marktorientierung?

11. / 12. November 2010, Bad Herrenalb
 Wanken die Säulen der europäischen Agrarpolitik?
 Evangelische Akademie Baden, s 0721 9175-352, Fax: -25-352, www.ev-akademie-baden.de

Jahrestreffen Zugpferde

12. bis 14. November 2010, Escherode
 Alle Interessenten an der Pferdewirtschaft in Landwirtschaft und Gemüßebau sind willkommen.
 Anmeldung: Anne Scheele, ☎ 0176-70 141700

Die neue Landnahme

18. November 2010, Berlin
 Fachtagung vom Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL und Brot für die Welt.
 Anmeldung: ☎030-693 40 29, Fax: -6926590, info@fdcl.org.per

Tagung der jungen Abl

18. bis 19. November 2010, Altenkirchen
 Programm siehe Seite 17

Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft

Tagung Abl und EJJ
 19. bis 21. November 2010, Altenkirchen
 Programm siehe Seite 17

Zukunft Landwirtschaft in NRW

18. November 2010, Schwerte
 Diskussion zu Perspektiven der EU-Agrarpolitik mit Superintendent Marcus Harke, Vors. Ausschuss Ev. Dienst auf dem Lande; Minister Johannes Rimmel, MKUNLV; Martin Häusling, MdEP; Werner Gehring, Hauptgeschäftsführer WLW; Prof. Karin Holm-Müller, Sachverständigenrat für Umweltfragen; Reinhild Benning, BUND; Nicole Podlinski, KLB; Clemens Dirscherl, EKD-Agrarbeauftragter; Stephan Albrecht, Weltagrarrat.
 Ev. Akademie Villigst, Ulrike Pietsch, ☎02304 755-325, Fax: -318, u.pietsch@kircheundgesellschaft.de

Architektur der EU-Agrarpolitik nach 2013

18. und 19. November 2010, Göttingen
 ASG Herbsttagung-Tagung Agrarsoziale Gesellschaft, ☎ 0551 49709-0, Fax: -16, info@asg-goe.de, www.asg-goe.de

Öko-Einsteigerseminar

21.-25. November 2010, Herrsching
 Erfolgreich in den ÖkoLandbau starten: Management und Betriebsentwicklung für Einsteiger.
 Anmeldung bis 05. Nov.: Bioland Tagungsbüro, ☎04262 9590-70, Fax: -66, tagungsbuero@bioland.de Infos: www.oekolandbau.de/erzeuger/umstellung/boel-umstellungsseminar/

Gentechnikfreie Regionen am Bodensee

25. und 26. November 2010, Vorarlberg
 Zur 4. Konferenz treffen sich Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Bayern, Baden-Württemberg, Südtirol zu den Themen: Weltagrarratbericht und Nachhaltigkeit, hochwertigen Lebensmitteln aus

der Region, heimischen Eiweißfuttermitteln, Aus- und Weiterbildung, Gentechnik im Obst- und Weinbau, Honigbienen als Bioindikator, die Kraft der Frauen.
 Anmeldung bis 18. November: Bildungshaus St. Arbogast, arbogast@kath-kirche-vorarlberg.at, ☎0043 55 23 62501-28, Fax: -32, www.arbogast.at, Programm: www.gentechnikfreie-bodenseeregion.org

Höfe übergeben/ übernehmen

26. bis 28. November 2010, Loccum
 Das Seminar zu inner- und außerfamiliärer Nachfolge richtet sich an interessierte Bäuerinnen und Bauern und an junge Menschen, die aktiv in die Landwirtschaft einsteigen möchten.
 Anmeldung bis 15. November: Bioland Tagungsbüro, ☎04262 9590-70, Fax: -66, tagungsbuero@bioland.de

BIOGAS-Intensiv

29. Nov. bis 03. Dez. 2010, Kirchberg
 Qualifizierungskurs für Anlagenbetreiber in fünf individuell buchbaren Modulen.
 IBK Fachgruppe Biogas, ☎07954 9262-03, Fax: -04, www.biogas-zentrum.de

Bio-Tierhaltung-Einsteiger

29. Nov. bis 01. Dez. 2010, Barendorf/ Niedersachsen
 Erfolgreich in die Bio-Tierhaltung starten. Das Seminar ist Teil des Bundesprogramms Ökologischer Landbau, initiiert vom BMELV. Teilnahme kostenlos.
 Anmeldung bis 15. Nov.: Bioland Tagungsbüro, ☎04262 9590-70, Fax: -66, tagungsbuero@bioland.de Infos: www.oekolandbau.de/erzeuger/umstellung/boel-umstellungsseminar/

Mensch und Unternehmer

01./02. Dez. 2010, 1., 2., 3. 2011, Hohebuch
 Der BUS-Kurs von Evang. Bauernwerk und Andreas-Hermes-Akademie vermittelt in 4x2 Tagen unternehmerische Kompetenzen und Motivation für die eigene persönliche wie unternehmerische Entwicklung.
 Evangelisches Bauernwerk, Susanne-Marie Wagner, ☎07942 107-78, Fax: -77, s.wagner@hohebuch.de

Bundesweite Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven

04. und 05. Dezember 2010, Leipzig
 Gemeinsam mit Euch wollen wir Strategien und Aktionsideen für 2011 entwickeln und planen. Für Menschen mit weiten Anreiseweg und Leute, die sich vorab treffen wollen, gibt es die Möglichkeit, schon am Freitag Nachmittag an zu reisen.
 Kontakt: Annemarie Volling, ☎04131 4007-20, Fax: -58, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Alternative Absatzwege für Ökobetriebe

07. bis 11. Dezember 2010, Witzzenhausen
 Die 18. Witzzenhäuser Konferenz zu Konventionalisierungstendenzen im Ökolandbau zeigt Möglichkeiten auf, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, um weiterhin unabhängig zu bleiben.
 Kontakt: konferenz@wiz.uni-kassel.de, www.konferenz-witzzenhausen.de



Demonstration am Samstag, den 22. Januar 2011 in Berlin
zum Treffen der EU-Landwirtschaftsminister und
internationaler Agrarkonzerne auf Einladung
der Bundesregierung während der „Grünen Woche“

Start um 12.00 Uhr am Hauptbahnhof, Washingtonplatz
Abschlusskundgebung und Rock for Nature am Brandenburger Tor

- AbL, Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, Bioland, BUND, Campact-

Wir haben es satt !

Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporten !

Wir wollen:

- gentechnikfreie, gesunde und fair produzierte Lebensmittel
- eine bäuerlich ökologische Landwirtschaft in Europa und weltweit
- eine tiergerechte und klimaschonende Landwirtschaft

Wir fordern von Merkel, Aigner und Barroso, von Berlin und Brüssel:

- Ausstieg aus der Agro-Gentechnik - sofort!
- Kein Patent auf Leben!
- Stopp der Subventionen für industrielle Tierhaltung!
- Stopp der Dumping-Exporte in Entwicklungsländer!
- Stopp der Spekulationen mit Lebensmitteln!
- Faire Marktregeln für bäuerlich ökologische Landwirtschaft weltweit!

Politik über unsere Köpfe hinweg war gestern.

Jetzt entscheiden wir über unser Essen.

Ja zu bäuerlich ökologischer Landwirtschaft weltweit !

- Demeter, GMO free Europe, NABU, NaturFreunde, Oxfam Deutschland, PROVIEH -
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt -

www.wir-haben-es-satt.de, Tel: 030 21608621, info@wir-haben-es-satt.de

Spendenkonto: VWZ: Demo: Wir haben es satt

Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 370 205 00 Kto.-Nr.: 8280202



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,
Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039
Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:
08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.: 08679/914284, Ute
Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.
08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlegmail.com, Josef
Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667
Erding - Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen,
Tel./Fax: 08083 9225, e-Mail: abl@schlaak-isen.de

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,
Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.bes@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax. 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht
spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die
Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL wei-
terleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Unternehmerischer Erntedank

Der Erntedank-Gottesdienst ist doch wirklich der allerschönste im ganzen Kirchenjahr!“, dachte der Agrarunternehmer D., als er nach einem kurzen Gebet auf der Kirchenbank Platz nahm. Sein Blick ruhte auf dem von den Landfrauen liebevoll dekorierten Altar und schweifte über die bunte Fülle aus Getreidehalmen, Kürbissen, Rüben, Blumen, Kartoffeln, Kohl, Äpfeln und anderem Obst. „Es fehlt der Mais“, fiel ihm missbilligend auf: Ob der junge Pastor etwa schon von der Kampagne gegen Biogas-Mais infiziert sein sollte?

Der Geistliche sprach einleitende Worte über Gottes Schöpfung, über Bescheidenheit und über Erntedank. D. aber hing noch seinen Biogas-Gedanken nach und überlegte, ob er den Erfolg seines Biogas-Anlagen-Investments wirklich Gott oder nicht doch eher seiner eigenen unternehmerischen Weitsicht und dem Energie-Einspeisungs-Gesetz verdankte. Er kam kurzerhand zu dem Entschluss, dass Gottes mächtige und gnädige Hand sich wohl gezielt des Instruments der Agrarlobby und der Subventionspolitik zur Belohnung der Tüchtigen bediente. Beim altvertrauten Choral „Wir pflügen und wir streuen den Samen auf das Land“ ging D. das Herz so recht auf. Allerdings sinnierte er beiläufig darüber, dass der Pflug doch mittlerweile durch eine Kombination von Minimalbodenbearbeitung und „Round-up“ abgelöst sei. Und mit dem Saatgut-„Streuen“ war es heutzutage ja wahrhaftig nicht mehr getan! Da würde der alte Dichter Matthias Claudius heute sicher ganz große Augen machen und seinen Choralvers neu dichten – mit einem Lobpreis auf das ausgefeilte System von gesplitteten Düngemitteln und Pflanzenschutzmaßnahmen, Sikkation und GPS-Steuerung... Ob Gottes Segen heutzutage vielleicht sogar gezielt den Weg über „Round-up“ und Monsanto nahm?

Als die Gemeinde den Choral fortsetzte mit „...doch

Wachstum und Gedeihen liegt in des Himmels Hand“, stutzte D.: Eigentlich hatte er doch bei der Bestandesführung alles selber im Griff. Vielleicht nicht so ganz bei der langen Trockenheitsperiode im Juli. Aber da war eine zusätzliche Beregnungsmaschine doch allemal sicherer als ein noch so festes Vertrauen auf den Herrn. Vermutlich aber war mit „Wachstum und Gedeihen“ doch eher allgemein ein gedeihliches einzelbetriebliches Wachstum gemeint. Und da hatte auf seinem Unternehmen in den letzten

an den Börsen. Dafür, so beschloss D. etwas verschämt, sollte man dem Himmel zwar durchaus dankbar sein – aber nicht direkt öffentlich, das machte sich vielleicht nicht so gut.

Vielleicht, so dachte D. bei sich, musste sich Gott ja auch gar nicht mit solchen Detailfragen der Produktionstechnik oder des Marktes befassen. Allerdings, beim Klimawandel wäre sein Eingreifen mittlerweile wirklich angebracht. Zumindest was die Temperatur- und Niederschlagsverteilung in den mitteleuropäischen Gunstlagen betraf. Denn die war ja auch für die Versorgung der Weltmärkte und die Welternährung besonders wichtig!

Als der Pastor in seiner Predigt das Märchen vom Bauern erzählte, der das Wetter machen durfte und dabei den Wind vergessen hatte, horchte D. interessiert auf. Das wäre doch was: kein Wind! Das würde das Problem mit dem gentechnischen Pollenflug auf einen Schlag lösen! In Zeiten von Terminator-Saatgut könnte man die Bestäubung ganz sicher auch ohne Wind und bald auch ohne Bienen und ohne lästige Gentechnik-Kritiker lösen.

Als die Kollekte für „Brot für die Welt“ angekündigt wurde, nickte D. zustimmend und übersetzte dies für sich als den Absatz von Getreideüberschüssen auf den Weltmärkten. Da könnten die Hungernden von der hiesigen modernen Produktionstechnik profitieren – zumindest bei genügend Kaufkraft

und Devisen. Natürlich, sofern bei der wachsenden Ethanolproduktion genügend Getreide übrig blieb... D. warf diesmal einen Zwanzig-Euro-Schein in den Kasten am Ausgang.

Als sich die Gemeinde draußen vor der Kirche noch zu einem kurzen Plausch versammelte, suchte D. das Gespräch mit einem Berufskollegen, von dem es hieß, dass er bald aufgeben und verpachten müsse.

Eckehard Niemann



Reich beschenkt dankt man am Ende des Sommers.

Foto: Ferdinand/pixelio

Jahrzehnten doch ganz offensichtlich der Segen des Himmels geruht. Bei Umsatzrendite und Eigenkapitalbildung lag er im Betriebsvergleich ganz vorn. „Danke, Herr“, murmelte D.

Auch für die diesjährigen Getreidepreise musste man wirklich dankbar sein. Und eigentlich ja auch für die preisstabilisierenden Missernten der Landwirte in anderen Anbauregionen, wo es an Wasser und Beregnung fehlte. Und für die spekulativen Überhitzungen

unabhängige bauernstimme: nicht rechnen, sondern erleben

11/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221